



Neue Texte von
Rosa Luxemburg

Herausgegeben von Klaus Kinner

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
2011

Neue Texte von Rosa Luxemburg

Neue Texte von
Rosa Luxemburg

Herausgegeben von
Klaus Kinner

ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE
HEFT 8

ISBN 978-3-89819-356-6

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2011
Harkortstraße 10
D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9 60 85 31 / Fax (0341) 2 12 58 77
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler
unter Verwendung der Bronzestatuette Rosa Luxemburgs von Hanna Studnizka der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. (Foto: Gerhard Märker)
Redaktion & Satz: Lutz Höll
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH,
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort	7
<i>Klaus Kinner</i> : Ein bisher unbekannter Brief Rosa Luxemburgs. Eine Lücke in der Luxemburg-Forschung schließt sich	9
<i>Rosa Luxemburg</i> : Brief an die Presskommission Leipzig vom 27. September 1902	19
<i>Rosa Luxemburg</i> : Zur Schlichtung der polnischen Zwistigkeiten. Mit Anmerkungen von Annelies Laschitza	25
<i>Rosa Luxemburg</i> : Das unabhängige Polen und die Arbeiterfrage. Aus dem Polnischen übersetzt und eingeleitet von Holger Politt ..	31
<i>Holger Politt</i> : Rosa Luxemburgs Herbarium in Warschau	87
Autorenverzeichnis	98

Vorwort

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, die erste die sich diesen Namen als Programm bei ihrer Gründung 1991 gab, widmete 2001 den historischen und aktuellen Dimensionen des theoretischen Werkes ihrer Namensgeberin die erste große Konferenz, die den Namen Rosa Luxemburgs trug.¹

Im selben Jahr erschienen die ersten beiden Hefte der Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte.²

Zehn Jahre später legen wir mit dem Heft 8 eine Publikation vor, die neue Texte Rosa Luxemburgs vorstellt, die bisher nicht, oder nach der Erstveröffentlichung nicht wieder bzw. in deutscher Sprache noch nicht veröffentlichte Texte enthält.

Mit dem Herbarium stellen wir zudem ein Lebenszeugnis Rosa Luxemburgs vor.

Der 140. Geburtstag Rosa Luxemburgs ist uns zudem Anlass auf unserer XI. Rosa-Luxemburg-Konferenz im März 2011 unter dem Titel »Rosa Luxemburg ante portas«. Vom Leben Rosa Luxemburgs nach

1 Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Herausgegeben von Klaus Kinner und Helmut Seidel. Berlin 2002.

2 Leipziger Reden und Schriften Rosa Luxemburgs. Herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Leipzig 2001 (Manuskriptdruck) = Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 1. 2. korrigierte Auflage 2007.

Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. Herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Leipzig 2001 (Manuskriptdruck) = Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 2. 2. unveränderte Auflage 2007.

ihrem Tod« der Frage der Luxemburg-Rezeption nach 1945 nachzugehen.

Linke Aneignung des Erbes Rosa Luxemburgs will sich damit auch schmerzhaften Erinnerens stellen.

Der Herausgeber

KLAUS KINNER

Ein unbekannter Brief Rosa Luxemburgs

Eine Lücke in der Luxemburg-Forschung schließt sich

Der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen ist es gelungen, einen bisher unbekanntem Brief Rosa Luxemburgs aus Privathand zu erwerben.

Es handelt sich um den Brief Rosa Luxemburgs vom 27. September 1902 an die Presskommission der »Leipziger Volkszeitung«.

Die international renommierte Luxemburg-Forscherin und -Biographin Annelies Laschitzka schreibt zu diesem Fund an den Autor:

»Es ist der 6., und zwar weitaus umfangreichste Brief, der nach dem Erscheinen des 6. Bandes der ›Gesammelten Briefe‹ Rosa Luxemburgs [deren Herausgeberin Annelies Laschitzka ist – d. Verf.] im Jahre 1993 von Forschern entdeckt oder, wie im vorliegenden Fall, aus Privatbesitz ans Tageslicht gekommen ist. Er präzisiert unser Wissen über die Komplikationen der Zusammenarbeit zwischen Franz Mehring und Rosa Luxemburg.«¹

Worum ging es?

Die 1894 begründete und von Bruno Schoenlank erfolgreich geleitete »Leipziger Volkszeitung« war zu einer der führenden Zeitungen der Sozialdemokratie herangewachsen, die auch in der Presselandschaft Deutschlands ihren Platz hatte.² Im Verlaufe des Jahres 1901 geriet das Blatt in eine ernste Krise. Schoenlank lag schwerkrank in einer Leip-

1 Annelies Laschitzka an Klaus Kinner, Berlin, 25. März 2010.

2 Siehe dazu: Jürgen Schlimper (Hrsg): »Natürlich – die Tauchaer Straße!« Beiträge zur Geschichte der »Leipziger Volkszeitung«. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 1997.

ziger Klinik, die Redaktion vermochte die Zeitung nicht auf ihrem Niveau zu halten. Die Presskommission der Leipziger Sozialdemokratie suchte dringend nach Lösungen. Mit Franz Mehring und Rosa Luxemburg kamen zwei profilierte, aber sehr verschiedene Persönlichkeiten in die engere Wahl. Franz Mehring übernahm nach längeren Verhandlungen und mit der Option, Rosa Luxemburg an seiner Seite zu haben, die Leitung der Zeitung. Aber dann begannen, so schreibt Hans-Jürgen Friederici in einem kenntnisreichen Aufsatz, die Querelen zwischen dem erfahrenen Journalisten und der jungen, ehrgeizigen Revolutionärin.³ Es kam zu Komplikationen im persönlichen Umgang, empörten Briefen. Als Mehring Ende September 1902 einen Artikel zur Polenfrage eigenmächtig kürzte, nahm Rosa Luxemburg das zum Anlass, ihre Demission einzureichen und Franz Mehring die Freundschaft zu kündigen.

Diese Umstände sind der neueren Forschung bekannt. Im Band 1 der Briefausgabe finden sich zahlreiche Bezüge darauf. So auch der Brief Rosa Luxemburgs an Franz Mehring, in dem sie ihren Rücktritt von der Mitarbeit an der Zeitung erklärt.⁴ Am selben Tag, dem 27. September 1902, verfasst sie außer diesem knappen Brief das relativ umfangreiche Dokument, das sie an die Presskommission sendet. Franz Mehring schrieb einige Monate später an Karl Kautsky, er habe sich über die Vorgänge in Leipzig eine gewisse Reserve auferlegt, weil leider die große Kombination Mehring-Luxemburg gescheitert sei. Er werde ihr [Rosa Luxemburg — d. Verf.] aber — trotz ihres »kindischen Briefes« — gern glauben, dass sie »in prinzipiell-theoretischen Fragen« noch zusammengehören.⁵ Die weitere Entwicklung sollte in der Tat zeigen, dass dieser Konflikt nur temporärer Natur war.⁶

Die konkreten Konfliktpunkte waren bislang nach der vorhandenen Quellenlage unzureichend bekannt. Die inzwischen »klassischen« Lu-

3 Hans-Jürgen Friederici: Franz Mehring und die »Leipziger Volkszeitung«. Seine Jahre als Chefredakteur. In: Ebenda. S. 287-297.

4 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Bd. 1. S. 646.

5 Zit. nach ebenda. S. 289.

6 Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie. Berlin 1996. S. 187-191.

xemburg-Biographien von Paul Frölich und Peter Nettel aus den Jahren 1939 und 1965 bleiben in diesem Punkt vage. Paul Frölich, der wohl bedeutendste Luxemburg-Forscher vor 1945, schreibt: »Im Oktober 1902 stellte Rosa Luxemburg auch ihre Mitarbeit an dem Blatte für einige Zeit ein. Die Gründe dafür sind nicht ganz klar. Tatsächlich wurden viele ihrer Artikel in den Papierkorb geworfen, und sie beschuldigte Franz Mehring ... nicht unzweideutig ihre Interessen verteidigt zu haben. Sie schrieb dem Kampfgefährten einen eiskalten Scheidebrief.«⁷ Der britische Biograph Peter Nettel vermerkt in seinem bedeutenden Werk lediglich: »die näheren Umstände [ihres Abgangs von der LVZ – d. Verf.] sind nie ganz aufgeklärt worden.«⁸

Auch Annelies Laschitza und Günter Radczun stellen in ihrer für damalige Zeiten mutigen Biographie bezogen auf das Ausscheiden Rosa Luxemburgs aus der LVZ nur lapidar fest: »Die gemeinsame politische Grundposition verhinderte, dass ihre Freundschaft trotz sinnwidriger Unterbrechungen zerbrach.«⁹ Und: »Über die eigentlichen Beweggründe des Streites zwischen Franz Mehring und Rosa Luxemburg in der Redaktion der ›Leipziger Volkszeitung‹ im Jahre 1902 ist nichts Näheres bekannt.«¹⁰

Die neuere Forschung hat das Wirken Rosa Luxemburgs in der »Leipziger Volkszeitung« detailliert untersucht. Besonders die sechsbändige Briefausgabe, maßgeblich durch Annelies Laschitza getragen,¹¹ stellte die Luxemburg-Forschung auf eine neue Basis. Das betrifft auch die Mitarbeit Rosa Luxemburgs an der »Leipziger Volkszeitung«. Weitere Forschungen ergänzten dieses Bild. Hier sind vor allem die von Jürgen

7 Paul Frölich: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat. Berlin 1990. Mit einem Vorwort von Klaus Kinner. S.107.

8 Peter Nettel: Rosa Luxemburg. Köln / Berlin 1967. S.189.

9 Annelies Laschitza / Günter Radczun: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1971. S. 125.

10 Ebenda.

11 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Bd. 1-6. Berlin 1989-1993.

Schlimper initiierten Forschungen zur Geschichte der LVZ¹² und Erhard Hexelschneiders Buch »Rosa Luxemburg und Leipzig«¹³ zu nennen.

Das nunmehr vorliegende Dokument gibt genaueren Aufschluss. Annelies Laschitza stellt dazu in ihrem Schreiben an den Verfasser fest: »Aus den Briefen Rosa Luxemburgs an Franz Mehring, August Bebel und andere Sozialdemokraten war uns bisher schon einiges bekannt ... Speziell betreffen die Auseinandersetzungen den nicht gezeichneten Artikel ›Zur Schlichtung der polnischen Zwistigkeiten‹ vom 25. September 1902. Sachlich ging es um das Verhältnis von deutscher Sozialdemokratie und der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). In dem Artikel werden Verleumdungen der polnischen und der deutschen Sozialdemokraten in Posen und Oberschlesien durch den nationalistischen Flügel der PPS zurückgewiesen und der Hoffnung auf eine Einigung aller willigen Kräfte ausgedrückt. Es geht also um durchaus brisante Probleme. Der Ankauf des Briefes ist folglich Gold wert.«¹⁴

Der Brief gestattet auch einen Einblick in charakterliche Eigenheiten und Befindlichkeiten, in das Selbstverständnis Rosa Luxemburgs. Sie war sich ihrer herausragenden Fähigkeiten wohl bewusst. Als Frau polnisch-jüdischer Herkunft in einer aggressiven Männergesellschaft zu bestehen, erforderte ein Höchstmaß an Selbstbewusstsein und Durchsetzungsvermögen. Ohne materielle Absicherung und in einem prekären Liebesverhältnis mit Leo Jogiches lebend, musste sich ihr Selbstbewusstsein zwangsläufig in hohem Maße auf ihre publizistische und wissenschaftliche Tätigkeit focussieren. Die hysterische Reaktion der bürgerlichen Presse auf die Nachricht, dass Rosa Luxemburg die Chefredaktion der LVZ übernehmen sollte, kennzeichnet die Atmosphäre. Paul Frölich, Zeitzeuge und später Redakteur der LVZ schildert das Klima: »Die äußerste Rechte rief nach der Polizei, die die unbequeme

12 Siehe Anm. 2 sowie Jürgen Schlimper: Proletarier mit Geschäftssinn. Zur Geschichte der Leipziger Buchdruckerei AG, des Druck- und Verlagsunternehmens der Leipziger Volkszeitung (1901 – 1938). In: Mark Lehmstädt / Andreas Herzog: Das bewegte Buch. Wiesbaden 1999. 5. 69-109.

13 Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Leipzig. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2007.

14 Annelies Laschitza an Klaus Kinner.

Person über die Grenze schaffen sollte. Die linksbürgerliche ›Vossische Zeitung‹ verlangte wenigstens vom sozialdemokratischen Parteivorstand, er solle ›die Donna Rosa Luxemburg, die sich zur Bannerträgerin der roten Revolution berufen glaubte‹, aus der Partei ausschließen. Der christliche Imperialist Pfarrer Naumann zeterte im Chor mit der ›Frankfurter Zeitung‹ über die ›blutige Rosa‹, und die reformistischen Brüder stimmten mit kaum gedämpfter Trommel in das Konzert ein.«¹⁵ Auf diesem Hintergrund wird es nachvollziehbar, dass Rosa Luxemburg äußerst sensibel auf jegliche Eingriffe in ihre literarische Produktion reagierte. Dass dies – wie im vorliegenden Fall – ausgerechnet durch ihren Kampfgefährten Franz Mehring geschah, dürfte ihre Empörung eher gesteigert haben.

Sie schreibt in dem neu aufgefunden Dokument:

»Das ist eine Behandlung, die ich noch von keiner Redaktion mit der ich zu thun hatte weder vom Vorwärts noch von der L. V. zu Schoenlanks Zeiten, noch von der Neuen Zeit erfahren habe. Umso weniger durfte ich erwarten, mich wie einen Schuljungen von Jemand behandelt zu sehen, der mich noch vor nicht langer Zeit für die geeignetste Person für den Chefredakteurposten der L. V. hielt. Es handelt sich hier nicht etwa um journalistische Eitelkeiten oder gekränkte Eigenliebe, sondern um die elementarsten Gebote der schriftstellerischen Selbstachtung. Nur ein Tintenkuli [...] wird es sich ruhig gefallen lassen, dass man seine Geistesprodukte ganz ohne sein Vorwissen nach Belieben verstümmelt, niemals aber ein Schriftsteller, der vor allem politischer Charakter ist und bleiben will. Und da Dr. Mehring besser als sonst jemand diese Sitten und Gepflogenheiten der journalistischen Welt kennt, so kann ich seine Handlungsweise in diesem Falle nicht anders, denn als eine absichtliche Provokation auffassen.

Es ist übrigens nicht die erste peinliche Ueberraschung, die mir in meinem Verhältnis zur L. V. bereitet wird. Sie werden sich wohl [an] die wechselvolle Geschichte unserer Beziehungen erinnern. Ich schluckte Vieles geduldig herunter, weil mir nichts so in der Seele zuwider ist wie Reibungen und Krach – zumal mit einem Manne den ich lange

15 Paul Frölich: Rosa Luxemburg, S. 106.

Zeit als meinen besten Freund betrachtete u[nd] für dessen Frau ich tiefe Verehrung habe.«

Es fiel hier viel zusammen: natürlich verletzte Eitelkeit, Aufbegehren der jungen Frau gegen die Dominanz des älteren Mannes, Enttäuschung über den Freund aber auch Verletzung ihres Ethos als politische Schriftstellerin. Nochmals Paul Frölich: »In der Freundschaft hielt es Rosa Luxemburg mit der Losung: Alles oder nichts! – und Franz Mehring war von mimosenhafter Empfindlichkeit und nicht ohne Ranküne. Kein Wunder, dass sie öfter auf- und auseinanderplatzten.«¹⁶

Auch das Verhältnis zur »Leipziger Volkszeitung« war nicht irreversibel gestört. Rosa Luxemburg blieb hochgeschätzte Autorin und veröffentlichte auch nach 1902 zahlreiche Artikel. Bis 1913 stieg die Zahl ihrer Artikel auf immerhin 171.¹⁷

Zur Überlieferung des aufgefundenen Dokuments

Es handelt sich um einen handschriftlich verfassten fünfzehnseitigen Brief in einem Format, das heutigem A5 nahe kommt. Die Handschrift ist zweifelsfrei die von Rosa Luxemburg. Das Papier und die schwarze Tintenschrift entsprechen einem Alterungsprozess von über 100 Jahren.

Das Dokument befand sich in Familienbesitz.

Die Überlieferung geht nach Aussage der ehemaligen Eigentümerin auf ihren Großvater zurück, der in Leipzig eine Druckerei in der Petersstraße 17, gegenüber vom »Capitol« besaß. Da der spätere Druckereibesitzer 1902 erst 15 Jahre alt war, ist ein direkter Kontakt zur Leipziger Presskommission/Presskomitee unwahrscheinlich. Eine Aufstellung der Mitglieder des Presskomitees von 1883 bis 1932 findet sich bei Schlimper.¹⁸ Es ist nicht auszuschließen, das der Druckereibesitzer in späteren Jahren in den Besitz des Dokuments gelangt ist. Denkbar

16 Ebenda. S. 107.

17 Siehe die Statistik der Artikel Rosa Luxemburgs in der LVZ in: Erhard Hexelschneider. S. 53.

18 Jürgen Schlimper: Proletarier mit Geschäftssinn. S. 107-109.

wäre auch, dass der ältere Bruder des Druckereibesitzers, er war 1902 27 Jahre alt, als Antiquar und Trödelhändler den Brief erworben und an seinen Bruder weitergegeben oder vererbt hat.

Friedenau 27. IX. 02.
An die Presskommission in Leipzig.
Werke Genosse!
Ich sehe mich zu meinem tiefsten
Bedauern gezwungen, meine Mit-
arbeiterschaft an der L.V. anzu-
erhalten, bis Sie mir
die Möglichkeit verschafft haben,
meinem Vortrag nachzukommen.
In der gestrigen Nr. der L.V. (ist
mein Artikel ~~über~~ ^{zu} die Polenfrage, aber
in einer Frage, in der ich wohl als Ken-
nerin in der Partei gelten darf, erschie-
nen - in einer Weise von Hr. Mehring
zusammengestochen in verstimmt,
dass ich niemals meine Zustimmung

Faksimile der ersten Seite des Briefes von Rosa Luxemburg an die Presskommission Leipzig vom 27. September 1902

ROSA LUXEMBURG

Brief an die Presskommission Leipzig vom 27. September 1902

Friedenau, 27.IX.02

An die Presskommission in Leipzig

Werther Genosse!

Ich sehe mich zu meinem tiefsten Bedauern gezwungen, meine Mitarbeiterschaft an der L.V. augenblicklich zu sistieren, bis Sie mir die Möglichkeit verschafft haben, meinem Vertrag nachzukommen.

In der gestrigen Nr. der L.V. v[om] 25.9. ist mein Artikel in der Polenfrage, also in einer Frage, in der ich wohl als Kennerin in der Partei gelten darf, erschienen – in einer Weise von Dr. Mehring zusammengestrichen u. verstümmelt, dass ich niemals meine Zustimmung zu der Veröffentlichung gegeben habe würde, wenn ich befragt worden wäre.

Allerdings enthielt der Artikel, wie ich ihn geschrieben hatte, eine sachliche Kritik der Haltung des Parteivorstands in der Polenfrage, aber dies war gerade der wohlerwogene politische Zweck des ganzen Artikels. Der Parteivorstand sollte zu öffentlichen Erklärungen provoziert werden, die eine Garantie für seine Haltung auf der bevorstehenden Konferenz mit den Nationalisten bieten würden. Dies zu streichen u. somit in meine politische Aktion mit ungeschickter Hand einz[u]greifen, hatte Dr. Mehring nicht das geringste Recht.

Es wäre auch lächerlich anzunehmen, dass er durch diese Amputationen am Inhalt des Artikels etwa den »guten Ton« wahren wollte, denn Dr. Mehring ist ja als Gegner aller Zimmerlichkeiten im Punkte des »Tons« allgemein bekannt u[nd] hatte selbst mehr wie einen Krach

aus diesem Grunde. Auch pflegt er seine Gegner in der L.V. durchaus nicht vom Standpunkte eines Hofzeremonienmeisters zu behandeln.

Notabene: ich will hier ausdrücklich hervorheben, dass ich nicht etwa der Redaktion überhaupt das Recht des Dreinredens in die Beiträge der Mitarbeiter bestreiten will. Im Gegenteil, jede Redaktion hat das Recht, dem Mitarbeiter zu erklären, dass sie für dieses oder jenes die Verantwortlichkeit nicht übernehmen will. Aber dann hat sie die verdammte Pflicht u. Schuldigkeit, dies dem Mitarbeiter mitzuteilen. Auch die russische Censur schickt das zusammengestrichene Manuskript dem Verfasser zurück, um es ihm anheimzustellen, ob die Veröffentlichung der verstümmelten Arbeit noch Wert für ihn besitzt. Dr. Mehring hat mein Manuskript hier in Steglitz gehabt, ganze zwei Seiten davon ruhig weggelassen, er benachrichtigte mich, dass er es nach L. schickt u. erwähnte mit keiner Silbe die gründlichen Änderungen im politischen Sinne des Artikels!

Das ist eine Behandlung, die ich noch von keiner Redaktion, mit der ich zu tun hatte: weder vom Vorwärts noch von der L.V. zu Schoenlanks Zeiten, noch von der Neuen Zeit je erfahren habe. Umso weniger durfte ich erwarten, mich wie einen Schuljungen von Jemand behandelt zu sehen, der mich noch vor nicht langer Zeit für die geeignetste Person für den Chefredakteurposten der L.V. hielt.

Es handelt sich hier nicht etwa um journalistische Eitelkeit oder gekränkte Eigenliebe, sondern um die elementarsten Gebote der schriftstellerischen Selbstachtung. Nur ein Tintenkuli oder ein geistloser Zeilenreisser wird es sich ruhig gefallen lassen, dass man seine Geistesprodukte ganz ohne sein Vorwissen nach Belieben verstümmelt, niemals aber ein Schriftsteller, der vor allem politischer Charakter ist u. bleiben will. Und da Dr. Mehring besser wie sonst Jemand diese Sitten u. Gepflogenheiten der journalistischen Welt kennt, so kann ich seine Handlungsweise in diesem Falle nicht anders, denn als eine absichtliche Provokation auffassen.

Es ist übrigens nicht die erste peinliche Überraschung, die mir in meinem Verhältnis zur L.V. bereitet wird. Sie werden sich wohl (an) die wechselvolle Geschichte unserer Beziehungen erinnern. Ich schluckte vieles geduldig herunter, weil mir nichts so in der Seele zuwider ist,

wie Reibungen u. Krach – zumal mit einem Manne, den ich lange Zeit als meinen besten Freund betrachtete u. für dessen Frau ich tiefe Verehrung habe. Ich will mich auch jetzt nicht etwa bei Ihnen über Dr. Mehring beschweren. Im Gegenteil, ich will Ihnen nur die schwerwiegenden Gründe zeigen, die (es) mir direkt unmöglich machen, meinem Vertrag nachzukommen.

Noch vor einigen Tagen hat mir Dr. Mehring die »Disposition« geschrieben, dass ich von nun an alle Beiträge, ausgenommen eilige Fälle, nicht nach Leipzig, sondern nach Steglitz schicken solle. Auch dies war für mich eine schier unannehmbare Lage. Denn bei den Postverbindungen zwischen Friedenau u. Steglitz, die nicht viel besser sind, als die zwischen Berlin u. Leipzig (alle Briefe gehen über Berlin) bedeutete dies, dass meine Beiträge regelmässig erst am dritten Tag ins Blatt gelangen sollten. Nun verpflichtet mich aber mein Vertrag zur Lieferung von 600 bis 800 Zeilen Entrefilets u. Notizen monatlich. Wenn Leitartikel wohl oder übel eine Wartezeit von ein paar Tagen vertragen können, so müssen Entrefilets offenbar ganz aktuell sein u. sich auf frische Abendblätter stützen. Allerdings gehört bei der eigenartigen Einrichtung der Redaktion der L.V. auch dazu vor allem eine Verständigung mit den anderen Kollegen, damit nicht von zwei Seiten dasselbe bearbeitet wird, u. da ich seit Monaten ohne die geringste Fühlung mit der Leipziger Redaktion u. mit Dr. Mehring bin, so musste ich bis jetzt notgedrungen auch für Notizen weniger aktuelle Themata suchen. Aber die neue Disposition würde nun für mich zur Regel machen, dass ich weder die Berliner Abendblätter, noch die französischen u. russischen für die nächste Nr. der L.V. bearbeiten könnte. Das würde offenbar keineswegs ihre Aktualität u. Lebendigkeit des Blattes, noch den Reiz der Mitarbeiterschaft für mich vergrössern. Auch kann ich mir nicht vorstellen, dass alle anderen Mitarbeiter: Blos, Kritschewski, Calwer etc. nach Steglitz statt nach L. ihre Beiträge schicken, denn dies würde ja den Redaktionsbetrieb einfach lahmlegen.

Immerhin nahm ich auch diese Disposition Dr. Mehrings noch freundlich auf u[nd] versprach, mich vom nächsten Monat auf sie einzurichten. Aber der neuste Fall mit meinem Polenartikel zeigt mir, dass

ich ohne meine geringste Schuld in immer schiefere Position bei der L.V. gerate.

Sie wissen, dass ich nicht um des Geldes willen für die L.V. schreibe, sondern um meinen Überzeugungen frei dienen zu können und dem Blatte zu nutzen. Wird aber die Mitarbeiterschaft für mich mit ganz unwürdigen u[nd] unannehmbaren Bedingungen verbunden, dann hat kein Mensch das Recht, von mir zu verlangen, dass ich sie fortsetze.

Mit Dr. Mehring weiter durch schweigsames Nachgeben auszukommen, habe ich jede Hoffnung verloren. Ich wende mich nun an die Presskommission u[nd] bitte Sie dringend selbst ins Klare zu bringen: entweder will man meine Mitarbeiterschaft, dann trete man mir mit der nötigen Achtung u. Kollegialität entgegen u. lasse mich ruhig meine Beiträge, wie früher, ohne alle Censur-Chikanen nach Leipzig schicken; sie mögen dann meinetwegen mit meinem Namenszeichen erscheinen.

Oder will man mich nicht, dann sprechen Sie mich von meinem Vertrag frei, denn Sie werden doch nicht wollen, dass der Vertrag für mich zum Halseisen wird.

Noch einmal: ich wäre sehr gerne bereit, weiter den Vertrag zu erfüllen, wenn mir nur ruhig u. freie Mitarbeiterschaft garantiert wird. Ob dies möglich ist, müssen Sie selbst versuchen.

Da ich übrigens annehmen darf, dass Sie auch diesmal wohl eher mit Dr. M. als mit mir übereinstimmen werden, wie es auch am Allerwenigsten mein Zweck ist, irgendwelche Zerwürfnisse zwischen Sie u. Dr. Mehring zu tragen, so möchte ich Sie nur noch darauf aufmerksam machen, dass falls eine Erklärung über die beiderseitige Auflösung meines Mitarbeitervertrages in der L. V. erscheinen soll, ich wohl annehmen darf, dass Sie diese Erklärung über die beiderseitige Auflösung meines Mitarbeitervertrages in der L. V. erscheinen soll, ich wohl annehmen darf, dass Sie diese Erklärung mit mir vorher vereinbaren.

Mit Parteigruss

Ihre Rosa Luxemburg

NB. Falls Sie mir die weitere Mitarbeiterschaft ermöglichen, werde ich den Fehlbetrag für die letzten Tage dieses Monats (ca. 28 M.) im nächsten Monat abtragen. Falls nicht, werden Sie mir gefl. diesen Betrag vom Fixum für September abziehen.

ROSA LUXEMBURG

Zur Schlichtung der polnischen Zwistigkeiten

Mit Anmerkungen von Annelies Laschitza

Leipzig, den 25 September

Die Polendebatte hat auf dem diesjährigen Parteitag¹ ein viel lebhafteres Interesse wachgerufen als in früheren Jahren, was zweifellos dem lebhaften Wunsche der weitesten Parteikreise entsprang, den unerquicklichen Zwist mit dem polnischen Sonderbund endlich einmal los zu werden.²

Obwohl der Parteivorstand noch dicht vor dem Parteitag dieselbe Überzeugung wie die Mehrheit unserer in Posen und Oberschlesien tätigen Genossen hatte, daß nämlich eine Verständigung mit den nationalistischen Sonderbündlern leider aussichtslos wäre, so wurde doch der in zwölfter Stunde vom Parteivorstand gefaßte Entschluß, noch einen letzten Verständigungsversuch zu wagen, allseitig freudig angenommen. Es war nie das Bestreben unserer polnischen Genosse, sowie

1 Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fand vom 14. bis 20. September 1902 in München statt.

2 Auf Initiative der deutschen Sozialdemokratie war im Dezember 1890 die Vereinigung polnischer Sozialisten in Berlin gegründet worden, die sich im September 1893 unter Führung von Franciszek Morawski und Franciszek Merkowski mit anderen polnischen sozialistischen Gruppen zur Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) des preußischen Teils von Polen konstituierte. Sie war bis 1903 ein autonomer Bestandteil der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ihre Wochenschrift »Gazeta Robotnicza« erschien von 1891 bis 1901 in Berlin, bis 1919 in Kattowitz.

der Genossen Winter und Gogowski, den Frieden mit dem Häuflein ihrer feindlichen Brüder abzulehnen. Im Gegenteil waren sie stets bereit, alle ihnen angetane Unbill zu vergeben, um nur im Interesse der Bewegung die Partei von kompromittierenden Erscheinungen in der Art der Doppelkandidaturen zu bewahren.³

Allein, kaum hatten die deutschen und polnischen Genossen in München ihre Bereitwilligkeit bekundet, wieder einmal eine Verständigung mit dem polnischen Sonderbund zu versuchen, als von einer ihm nahe stehenden Seite, im Krakauer *Naprzód Daszynski*⁴, Ausführungen erscheinen, die leider sehr geeignet sind, alle Hoffnungen auf eine Verständigung zu vereiteln. Unter einer Flut persönlicher Angriffe auf die tätigsten unserer polnischen Genossen, auf unser polnisches mit schweren Opfern herausgegebenes Parteiorgan in Posen und auf die gesamten Posener Genossen, die als »Deutsche« von der Liste des Polentums gestrichen werden, wird hier der Beschluß des Münchener Parteitags⁵ folgendermaßen gedeutet:

- 3 Die PPS hatte in Oberschlesien für die Reichstagswahl 1903 eigene Kandidaten nominiert, ohne sich mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der schon Kandidaten benannt hatte, zu verständigen.
- 4 *Naprzód* (Vorwärts) war das Zentralorgan der PPSD (Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska/Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Schlesiens), deren Führer Ignacy Daszyński war.
- 5 Die von Rosa Luxemburg und 22 Sozialdemokraten auf dem Parteitag in München eingebrachte Resolution wurde mit einem Änderungsvorschlag August Bebel's angenommen und lautet wie folgt: »Da die ökonomischen und politischen Interessen des polnischen wie des deutschen Proletariats im Deutschen Reich die gleichen sind, da ferner die Sozialdemokratie es für ihre Pflicht erachtet, die polnische Arbeiterklasse auch gegen die Unterdrückung ihrer Nationalität zu schützen, und dieser Pflicht stets nach Kräften nachgekommen ist, da endlich die Sozialdemokratie ihre deutschen und polnischen Mitglieder stets als vollkommen gleichberechtigt betrachtet und behandelt und die Agitation unter dem polnischen Proletariat materiell und moralisch in kräftigster Weise unterstützt, so muß die Absonderung einer polnischen Gruppe, der Polnischen Sozialistischen Partei, die sich in einem Gegensatz zur Gesamtpartei gestellt hat, als ein ungerechtfertigtes Vorgehen angesehen werden. Der Parteitag verurteilt scharf die von der Gruppe Polnische Sozialistische Partei provozierten Doppelkandidaturen in Oberschlesien und ersucht

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unansgehebt tätig für die Werbung
neuer Abonnenten!

Zur Schlichtung der polnischen Zwistigkeiten.

Leipzig, 25. September.

Die Polenbeobachtung hat auf dem diesjährigen Parteitag ein viel lebhafteres Interesse wachgerufen, als in früheren Jahren, was zweifellos dem lebhaften Wunsche der weitesten Parteitreue entspringt, den unersättlichen Zwist mit dem polnischen Sonderbund endlich einmal los zu werden.

Obwohl der Parteivorstand noch nicht vor dem Parteitag die volle Ueberzeugung wie die Mehrheit unserer in Polen und Oberösterreich thätigen Genossen hatte, daß nämlich eine Verständigung mit den nationalitätlichen Sonderbündlern leider aussichtslos wäre, so wurde doch der in zwölfter Stunde vom Parteivorstand gefasste Entschluß, noch einen letzten Verständigungsversuch zu wagen, allseitig freudig angenommen. Es war nie das Bestreben unserer polnischen Genossen, sowie der Genossen Winter und Gogawski, den Frieden mit dem Häuflein ihrer feindseligen Widers abzugeben. Im Gegenteil waren sie stets bereit, alle ihnen angehende Unbill zu vergeben, um nur im Interesse der Bewegung die Partei von kompromittierenden Erscheinungen in der Art der Doppelstaudamoren zu befreien.

Allein, kaum hatten die deutschen und polnischen Genossen in München ihre Bereitwilligkeit bekundet, wieder einmal eine Verständigung mit dem polnischen Sonderbund zu versuchen, als von einer ihm nahe stehenden Seite, im Kratauer Kapuzinendachstuhl, Ausführungen erschienen, die leider sehr geeignet sind, alle Hoffnungen auf eine Verständigung zu vereiteln. Unter einer Flut persönlicher Angriffe auf die thätigsten unserer polnischen Genossen, auf einer polnischen mit schweren Opfern herausgegebenes Parteiprogramm in Polen und auf die gesamten polnischen Genossen, die als „Deutsche“ von der Liste des Polentums gestrichen werden, wird hier der Beschluß des Münchener Parteitages folgendermaßen gedeutet:

„Aber es ist anders gekommen (als die polnischen und deutschen „Antrügler“ wollten). Der beiderseitige aufrichtige Wunsch, Frieden zu schließen, hat über die gewissenlosen Intriguen einzelner „Aktionen“. Den deutschen Sozialisten, die früher häufig durch Reichlichlichkeit stützten, wurde endlich der Sturz geschnitten. Obwohl der Genosse Kuer wie Rebel haben zugegeben, daß von beiden Seiten Fehler gemacht worden sind, der Frau Luxemburg

aber hat Genosse Ledebour die Anklage ins Gesicht geschleudert, daß sie seit Jahren sozialistisch den Unfrieden anstiftet und der Genosse Kuer hat ihr bemerkt, daß sie zum Zwecke der Verhinderung der deutschen Genossen die Worte unserer Genossen Daale geflüstert hätte, der sich nicht verteidigen kann, weil er im Gefängnis liegt.“

Was aber das wichtigste ist, in dem Artikel wird der erste grundlegende Teil der vom Parteitag angenommenen Polenresolution, der die polnische Sonderorganisation und ihre nationalitätlichen Bestrebungen verurteilt, gänzlich verschwiegen.

Wir können nicht umhin zu bemerken, daß ein solches Vorgehen des in den nationalitätlich-polnischen Kreisen der Genossen sehr einflussreichen Kapuzinendachstuhl in diesem Augenblick ebenso wenig loyal wie klug ist. Durch gebührende Attacken im alten Stile auf die Führer der polnischen Parteibewegung in Polen und Oberösterreich wird sehr schlecht der Verständigung vorgearbeitet. Das müßten sich doch auch Daskynski und seine Freunde sagen, daß es gegenwärtig viel mehr im Interesse der Sache liegt, alle Gehässigkeiten vergessen zu machen, anstatt durch frühe Angriffe die Kluft zwischen anderen Genossen und dem polnischen Sonderbund zu erweitern.

Sodann heißt es auch sachlich eine Verständigung anerkennen, wenn man den Beschluß des Münchener Parteitages gerade denjenigen Polen, auf die es ankommt, so schief darstellt, wie es in dem angeführten Artikel geschieht. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Genossen vom polnischen Sonderbund die Auffassung des Kapuzinendachstuhls annehmen würden, wonach die bisherige ablehnende Haltung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber ihren separatistischen Nationalbestrebungen nur ein Ausfluß der polnischen „Intriguen“ wäre. Im Gegenteil, es liegt im dringenden Interesse der Verständigung, die sonderorganisierten polnischen Genossen genau dahin zu informieren, daß die deutschen und polnischen Genossen der Gesamtpartei nach wie vor darin vollkommen einig sind, die Sonderorganisation wie ihre nationalitätlichen Tendenzen zu verurteilen, daß eine Einigung niemals auf dem Boden der bis jetzt von dem Sonderbund befolgten Taktik erzielt werden kann. Nach der Darstellung des Kapuzinendachstuhls müssen die Genossen von der „polnischen sozialistischen Partei“ annehmen, daß nun die deutsche Sozialdemokratie die lange verkannte Berechtigung ihrer Taktik eingesehen und

Wir wollen hier gleich bemerken, daß die Genossen Luxemburg auf dem Parteitag eine Erklärung zu Protokoll gegeben hat, worin sie auf Grund eines Auschnittes aus dem offiziellen Bericht über die Schlesische Provinzialkonferenz vom 1900 bemerkt, daß sie den Ausbruch Daales sowohl dem Vorlaut wie dem Sinne nach vollkommen korrekt citiert hat. Diese Erklärung wurde aber vom Präsidium des Parteitages abgelehnt, ohne daß ein Beschluß des Parteitages herbeigeführt worden wäre.

Ausschnitt aus der Titelseite der »Leipziger Volkszeitung« vom 25. September 1902 mit dem Artikel »Zu Schlichtung der polnischen Zwistigkeiten«

Aber es ist anders gekommen (als die polnischen und deutschen »Intriganten« wollten). Der beiderseitige aufrichtige Wunsch, Frieden zu schließen, hat über *die gewissenlosen Intriguen einzelner* abgesehen. Den deutschen Sozialisten, die früher häufig durch Leichtgläubigkeit sündigten, wurde endlich der Star gestochen. Sowohl der Genosse Auer wie Bebel haben zugegeben, daß von beiden Seiten Fehler gemacht worden sind, der Frau Luxemburg aber hat Genosse Ledebour die Anklage ins Gesicht geschleudert, daß sie seit Jahren systematisch den Unfrieden anstiftet und der Genosse Auer hat ihr bewiesen, daß sie zum Zwecke der Erbitterung der deutschen Genossen die Worte unseres Genossen Haase⁶ *gefälscht* hätte, der sich nicht verteidigen kann, weil er im Gefängnis sitzt.*

Was aber das wichtigste ist, in dem Artikel wird der erste grundlegende Teil der vom Parteitag angenommenen Polenresolution, der die polnische Sonderorganisation und ihre nationalistischen Bestrebungen verurteilt, *gänzlich verschwiegen*.

Wir können nicht umhin zu bemerken, daß ein solches Vorgehen des in den nationalistisch-polnischen Kreisen der Genossen sehr einflußreichen *Naprzód* in diesem Augenblick ebenso wenig loyal wie klug ist.

den Parteivorstand, nochmals den Versuch zu machen, eine Verständigung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, die im Interesse der gesamten Sozialdemokratie liegt.« Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Band 1, Zweiter Halbband. 7. überarb. Aufl. Berlin 2000. S. 282.

6 Gemeint ist der junge Genosse Georg Haase, dessen Äußerung auf dem Parteitag der schlesischen Sozialdemokraten am 12. Mai 1901 in Breslau Rosa Luxemburg in ihrer Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Lübeck 1901 wie folgt zitiert hatte: Wir pfeifen auf die Beschlüsse der deutschen Parteitage. Siehe: Ebenda. S. 145.

* Wir wollen hier gleich bemerken, daß die Genossin Luxemburg auf dem Parteitag eine Erklärung zu Protokoll gegeben hat, worin sie auf Grund eines Ausschnittes aus dem offiziellen Bericht über die Schlesische Provinzialkonferenz von 1900 bewies, daß sie den Ausdruck Haases sowohl dem Wortlaut wie dem Sinne nach vollkommen korrekt zitiert hat. Diese Erklärung wurde aber vom Präsidium des Parteitages abgelehnt, ohne daß ein Beschluß des Parteitages herbeigeführt wäre. [Fussnote im Originartikel – A.L.]

Durch gehässige Attacken im alten Stile auf die Führer der polnischen Parteibewegung in Posen und Oberschlesien wird sehr schlecht der Verständigung vorgearbeitet. Das müßten sich doch auch Daszynski und seine Freunde sagen, daß es gegenwärtig viel mehr im Interesse der Sache liegt, alte Gehässigkeiten vergessen zu machen, anstatt durch frische Angriffe die Kluft zwischen unseren Genossen und dem polnischen Sonderbund zu erweitern.

Sodann heißt es auch sachlich eine Verständigung äußerst [zu] erschweren, wenn man den Beschluß des Münchener Parteitags gerade denjenigen Polen, auf die es ankommt, so schief darstellt, wie es in dem angeführten Artikel geschieht. Es wäre *sehr* zu bedauern, wenn die Genossen vom polnischen Sonderbund die Auffassung des *Naprzód* annehmen würden, wonach die bisherige ablehnende Haltung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber ihren separatistischen Nationalbestrebungen nur ein Ausfluß der persönlichen »Intriguen« wäre. Im Gegenteil, es liegt im dringenden Interesse der Verständigung, die sonderorganisierten polnischen Genossen *genau* dahin zu informieren, daß die deutschen und polnischen Genossen der Gesamtpartei nach wie vor darin vollkommen *einig* sind, die Sonderorganisation wie ihre nationalistischen Tendenzen zu verurteilen, daß eine Einigung niemals auf dem Boden der bis jetzt von dem Sonderbund befolgten Taktik erzielt werden könne. Nach der Darstellung des *Naprzód* müssen die Genossen von der »polnischen sozialistischen Partei« annehmen, daß nun die deutsche Sozialdemokratie die lange verkannte Berechtigung ihrer Taktik eingesehen und beschlossen hätte, ihnen einfach die Rechte zuzuerkennen, die sie ihnen in ihrer Verblendung bis jetzt verweigerte. Eine solche Darstellung der Münchener Verhandlungen geben, heißt indessen nichts anderes, als die polnischen Sonderbündler in bedauerlichster Weise irreführen und die ganze moralische Bedeutung der Debatte in München sowie insbesondere der Rede Bebels vernichten. Es ist klar, daß, wie sehr auch die in Posen und Oberschlesien arbeitenden Genossen den Frieden wünschen, sie niemals der Sanktionierung derselben unhaltbaren Zustände zustimmen werden, die ihnen jahrelang jede ersprießliche Tätigkeit erschwerten. Jedermann, der zu einer endgültigen Beilegung des bedauerlichen Zwistes aufrichtig beitragen

will, muß deshalb gerade umgekehrt, wie dies der *Naprzód* tut, unserem polnischen Sonderbund klar machen, daß für eine Verständigung vor allem ausreichende, solide Garantien notwendig sind, daß weder in dem polnischen Parteiblatt noch in der Agitation die schädlichen nationalistischen Tendenzen weiter wirken würden.

Endlich ist es unschön und unklug vom *Naprzód*, daß er die alte Taktik befolgt, von einem Zwist und einer Versöhnung zwischen »Deutschen« und »Polen« zu reden und den gesamten polnischen Genossen von Posen und Oberschlesien zur Strafe für ihre Zugehörigkeit zur Gesamtpartei das Polentum abzusprechen. Die polnischen Genossen vom Sonderbund dürften sich doch darüber klar sein, daß ihre Verständigung mit der deutschen Sozialdemokratie niemals über die Köpfe der *polnischen* Mitglieder der Sozialdemokratie hinweg zu stande kommen kann. Im Gegenteil, es handelt sich für sie *in erster Linie* um eine Einigung mit den *polnischen* Genossen in Posen und in Oberschlesien, denn niemand wird bezweifeln, daß die Schaffung von zweierlei getrennten Organisationen polnischer Genossen im Rahmen der Gesamtpartei die traurigen Zwistigkeiten nicht beseitigen, sondern erst recht verschärfen würde. Ja, die größten Rücksichten auf die in Posen und Oberschlesien gegenwärtig tätigen Genossen sind bei dem bevorstehenden Einigungsversuch schon deshalb von Wichtigkeit, weil *diese* Genossen es eben sind, die die polnische Arbeiterschaft hinter sich haben und die Garantie dafür bieten, daß auch in Zukunft die Bewegung in den polnischen Provinzen auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen wird. Deshalb werden die polnischen Genossen, sowie die mit ihnen gemeinsam tätigen deutschen Genossen die Früchte ihrer sauren Arbeit mit aller Energie gegen jeden Versuch der Gefährdung verteidigen, woher dieser Versuch auch kommen mag.⁷

7 Am 19. Oktober 1902 fanden zwischen dem deutschen Parteivorstand und der PPS im preußischen Annexionsgebiet noch einmal Verhandlungen über die mißliche Situation der Doppelkandidatur statt. Außer den Vorständen der beiden Parteien nahmen u.a. Rosa Luxemburg, Ignacy Daczyński und Vertreter aus Posen, Schlesien und Oberschlesien teil. Diese Konferenz wie auch eine weitere Zusammenkunft am 19. Januar 1903 führten zu keiner Einigung. Die Differenzen zwischen beiden Parteien in bezug auf Organisation und Tak-

Sie werden nach wie vor die Interessen der Bewegung aus aller Kraft zu wahren wissen. Auch sie wünschen aufrichtig das Ende der bisherigen beschämenden Zwistigkeiten. Soll aber dieser Wunsch erfüllt werden, dann ist es dringend notwendig, daß auch die polnischen Sonderbündler über die Sachlage genau informiert und nicht durch auswärtige Einflüsse aufgehetzt und irregeleitet werden, wie dies durch die Haltung unseres Krakauer Bruderorgans geschehen muß.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 222 vom 25. September 1902

tik sowie in der nationalen Frage erwiesen sich als gravierend, daß sich die PPS von der deutschen Partei trennte. Der deutsche Parteivorstand entzog der »Gazeta Robotnicza« die Subvention, weil deren nationalistische Tendenzen dem Programm der deutschen Sozialdemokratie widersprachen.

ROSA LUXEMBURG

Das unabhängige Polen und die Arbeiterfrage

Aus dem Polnischen übersetzt und eingeleitet von Holger Pollitt

Einleitung

Für die Sozialdemokratie und die Konstitution!
Rosa Luxemburgs frühe Schrift über den politischen Kampf der Arbeiterbewegung

Vorliegende Broschüre aus dem Jahre 1895 ist die erste theoretische Arbeit Rosa Luxemburgs. Viele Elemente ihres späteren theoretischen und vor allem publizistischen Wirkens sind bereits in dieser frühen Arbeit enthalten. Die Autorin sieht sie sich als Anwältin für den politischen Kampf der Arbeiterklasse in ihrer Heimat Polen, versteht sich und ihre Mitstreiter als einen authentischen Teil der sozialdemokratischen Bewegung in Europa, spricht in dem Text erstmals wichtige Themen an, die sich wie ein roter Faden durch ihr Schaffen ziehen werden. Die Stellung der polnischen Arbeiterbewegung zur Frage der staatlichen Unabhängigkeit Polens, das Verhältnis zwischen Demokratie und Sozialismus sowie die Entwicklungstendenzen im Russischen Reich werden in ihrem künftigen publizistischen Wirken einen breiten Raum einnehmen.

Die Broschüre trägt den Titel »Das unabhängige Polen und die Arbeitersache«, wurde herausgegeben als zweiter Band einer »Sozialdemokratischen Bibliothek«. Sie entstand im Ergebnis der intensiven Mitarbeit an der »Sprawa Robotnicza« [Arbeitersache], jener Zeitung, mit der Leo Jogiches, Adolf Warski, Julian Marchlewski und Rosa Lu-

xemburg außerdem und zeitgleich eine neue sozialdemokratische Partei in die Welt setzten. Sie taten es 1893 von Zürich aus, einem Ort, an dem die Freiheiten der bürgerlichen Gesellschaft diesen vier jungen Exilanten aus dem Russischen Reich die Möglichkeit einräumten, eine Zeitung zu machen und im fernen russischen Teil Polens eine politische Partei ins Leben zu rufen. Die in Paris gedruckte Zeitung wurde mit einer Auflage von etwa 1.000 Exemplaren in den russischen Teil Polens geschmuggelt und nahm für sich in Anspruch, die gültige politische Stimme der Arbeiter zu sein. Sofort verstand sich das Blatt als Organ der sozialdemokratischen Partei, die sich im russischen Teil Polens zunächst Sozialdemokratie des Königreichs Polen (SDKP) nannte und in zäher Auseinandersetzung mit der ein Jahr zuvor in Paris gegründeten Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) um den Ruf stritt, der politische Arm der jungen Arbeiterbewegung im russischen Teil Polens zu sein. Die Partei der vier jungen Züricher Exilanten konzentrierte sich in ihren Anfängen auf die Industriezentren Warschau, Żyrardów und Łódź, hatte dort zusammen nicht ganz tausend Mitglieder, die zudem häufig Opfer schlimmster polizeilicher Verfolgungen wurden.

Später, als durch Feliks Dzierżyński ein zahlenmäßig beträchtlicher Teil aus Litauen hinzukam, wurde der Name auf Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL) erweitert. Die »Litauer« waren in der Hauptsache Arbeiter aus Vilnius (polnisch Wilno) und Umgebung, die entweder Polen waren oder aber polnisch sprachen. Doch das alles geschah bereits einige Jahre nach den Erscheinungsjahren der Zeitung »Sprawa Robotnicza«.

Die »Sprawa Robotnicza« erschien vom Sommer 1893 bis Sommer 1896 mit insgesamt 25 Nummern und einer »Sozialdemokratischen Bibliothek« dazu, deren beiden ersten Bände durch Rosa Luxemburg gezeichnet wurden.¹ Die drei wichtigsten Autoren der Zeitung waren

1 Als erster Band erschien 1895 eine Sammlung mit Beiträgen zum Ersten Mai, den Rosa Luxemburg unter dem Pseudonym R. Kruszyńska herausgab und mit einem Vorwort versah. Diese Arbeit war bereits 1892, also noch vor Gründung der SDKP und der »Sprawa Robotnicza« erschienen, wurde 1895 wegen der enormen politischen Bedeutung der verbotenen Maifeiern im russischen Teil Polens in erweiterter Auflage als erster Band der »Sozialdemokratischen

Warski, Marchlewski und Rosa Luxemburg, die von Paris aus zugleich als Chefredakteurin wirkte. Ohne Zweifel nahm Leo Jogiches die wichtigste Rolle in der Redaktionsarbeit ein, obwohl er als Autor selbst nicht in Erscheinung trat. Über ihn liefen praktisch die gesamte Organisation und vor allem die Finanzierung des Vorhabens, da die spärlichen Rückflüsse aus den Parteikassen im Lande längst nicht ausreichten. Der umfangreiche Briefwechsel zwischen Rosa Luxemburg und Leo Jogiches aus jenen Jahren gibt einen guten Einblick in die unermesslichen Schwierigkeiten und die viele Improvisation der Redaktionsarbeit.

Rosa Luxemburg hatte in Paris im unmittelbaren Kontakt zur Druckerei die Endredaktion in den Händen, lernte dabei schnell das Zeitungsmachen. Und das Schreiben! In der Tätigkeit für die »Sprawa Robotnicza« bekam sie ihren ersten journalistischen Schliff, begriff Zeitung, Redaktion und sich selbst als einen wichtigen Transmissionsriemen zwischen der entwickelten Arbeiterbewegung im Westen, wozu sie in erster Linie die deutsche Sozialdemokratie zählte, und der vergleichsweise erst in den Anfängen steckenden Arbeiterbewegung im Russischen Reich. Zwar richtete sich die Zeitung von Anfang an ausschließlich an polnische bzw. die der polnischen Sprache mächtigen Arbeiter auf der russischen Seite des Landes, aber die Zeitungsmacher verstanden diese Arbeiter überhaupt als einen unerlässlichen Teil für die im Zarenreich in Entstehung begriffenen gesamtrussische Arbeiterbewegung. Hierin wollten sie sich schroff von der Konkurrentin PPS unterscheiden, die weniger die gesamtrussischen Belange im Blick hatte, dafür nach Wegen suchte, wie die Unabhängigkeitsfrage mit der modernen sozialistischen Bewegung in Einklang gebracht werden kann.

Jener Teil Polens, den die vier jungen Menschen in dem Parteinamen als Königreich Polen bezeichneten, hieß offiziell seit 1815 tatsächlich so, und zwar solange, bis die Zarenregierung nach der mühsamen Niederschlagung des polnischen Nationalaufstandes von 1863 dazu überging, mittels einer entschiedenen Russifizierungspolitik möglichst alle öffentlichen Spuren polnischen Nationalbewusstseins zu tilgen. Dem

fiel auch der auf dem Wiener Kongress aus der Taufe gehobene Name Königreich Polen zum Opfer. Von nun an sollte das Land lediglich und ausschließlich nur noch Weichselland heißen. Indem die SDKP sich als eine Partei aus dem Königreich Polen bezeichnete, stellte sie sich entschieden auf die Position der Verteidigung der polnischen Nationalität gegen die zaristische Nationalitätenpolitik, worin sie sich übrigens durch nichts von den übrigen Polen unterschied, denn die Bezeichnungen Königreich Polen oder Kongresspolen blieben als Synonyme für den westlichen russischen Teil bis zum ersten Weltkrieg bei den Polen erhalten.

Die Züricher gebrauchten die Bezeichnung Königreich Polen auch, wenn sie über ihre Heimat, ihr Land schrieben. In der deutschen sozialdemokratischen Presse werden sie später allesamt das damals übliche Russisch-Polen gebrauchen, eine den Deutschen nicht auffallende Verkürzung, weshalb diese Formulierung im polnischen Sprachgebrauch nicht üblich war. In den polnischen Texten blieben die Autoren der »Sprawa Robotnicza« konsequent beim Ausdruck Königreich, wodurch den Lesern sofort klar war, um welches genaue Gebiet es den Autoren angelegen war. Es war nämlich nur ein territorial kleiner Teil jenes riesigen Gebietes der untergegangenen polnisch-litauischen Adelsrepublik, welches Russland im Zuge des Wiener Kongresses endgültig zur Beute bekam. Die größeren Gebiete lagen weiter im Osten bzw. Nordosten, waren in der Bevölkerungszusammensetzung sehr viel weniger polnisch als der westliche Teil, wurden auf andere Weise ins Russische Reich integriert. Und aus Sicht der Herrschenden sollte hier künftig von Polen überhaupt keine Rede mehr sein.

Doch im Westen des Russland zugeschlagenen Teils vom alten Polen war die Lage Ausgangs des 19. Jahrhunderts anders. Dieser Teil war im Laufe des Jahrhunderts zum wichtigsten Hort des polnischen Nationalbewusstseins geworden, zweimal zudem zum entscheidenden Handlungsraum für die das übrige Europa in Atem haltenden Nationalaufstände von 1830 und 1863. Im Zuge einer sich gleichzeitig vollziehenden grundlegenden wirtschaftlichen Umgestaltung des Gebiets, über die Rosa Luxemburg ausführlich in ihrer Dissertation »Die industrielle Entwicklung Polens« schreiben wird, bot sich für das Zarenre-

gime nach der Niederschlagung des letzten Aufstands die Chance, den bisherigen Träger und Vorreiter des polnischen Nationalbewusstseins – den Landadel – wirtschaftlich und damit auch politisch ins Abseits zu leiten.

Während Ausgangs des Jahrhunderts vor allem Intellektuelle nach einem Ausweg aus der in der zweiten Jahrhunderthälfte entstandenen schwierigen Situation für die polnische Nationalidee strebten, dabei mit immer größerem Interesse und auch Verständnis auf die zahlenmäßig enorm angewachsene Industriearbeiterschaft schauten, entschieden sich die Autoren der »Sprawa Robotnicza« für eine andere Logik. Die junge Industriearbeiterschaft im russischen Teil Polens brauche sich im Prozess der politischen Bewusstseinsbildung gar nicht mehr mit der durch die geschichtliche Entwicklung endgültig erledigten nationalen Frage Polens befassen, denn viel dringlicher stelle sich nun die Frage nach den politischen Freiheiten, nach dem Sturz des Zarenregimes, nach der Revolution, die über kurz oder lang das Zarenreich erreichen werde. Da diese entscheidenden Fragen aber auf der gesamtrussischen Ebene ausgetragen werden würden, dürfe die polnische Arbeiterklasse, der derzeit organisatorisch und politisch reifste Teil der gesamten Arbeiterbewegung im Russische Teil, nicht nur nicht abseits stehen, sondern müsse sich vollständig verabschieden von allen nationalistisch geprägten Überlegungen im Sinne einer territorialen und staatlichen Abtrennung Polens. Solange kapitalistische Verhältnisse bestünden, habe die Idee der Wiederherstellung eines unabhängigen Polens keine Chance auf Realisierung, werde es aber einst den Sozialismus geben, so erübrigten sich ohnehin alle nationalistischen Fesseln und nationalen Grenzen.

Zwar zeigten die Autoren der »Sprawa Robotnicza« sich überzeugt, dass die Arbeiterklasse im russischen Teil Polens weit entfernt sei von – wie sie es damals nannten - patriotischen Neigungen, aber sie fühlten sich durch die Existenz der PPS herausgefordert. Diese Arbeiterpartei, die in ihrem Programm die Unabhängigkeit oder Wiederherstellung Polens für möglich und sogar für erstrebenswert hielt, vereinte zwar zum Teil sehr unterschiedliche Strömungen, aber in der Tendenz ob siegte die Neigung, der Arbeiterklasse in Polen das Erbe der gescheiter-

ten polnischen Nationalaufstände zuzuschieben. Einerseits berief man sich dabei auf Karl Marx, der ein überzeugter Anhänger des letzten Aufstands von 1863 gewesen war, andererseits war man bemüht, die Herausforderungen im Klassenkampf mit der nationalen Mission zu vermitteln.²

Diejenigen in der Führungsspitze der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), die sich diesen Zielen verpflichtet fühlten, wurden in der »Sprawa Robotnicza« kurzerhand Sozialpatrioten genannt, was entlarvend gemeint war, denn man konnte in der Überzeugung der frischgebackenen Sozialdemokraten ja nicht zugleich Sozialist sein und sich aus patriotischen Gründen heraus für eine Abtrennung der polnischen Gebiete aus dem Russischen Reich aussprechen. Die wirtschaftliche Verflechtung der industriell fortgeschrittenen polnischen Gebiete mit dem Russischen Mutterland sei so weit fortgeschritten, dass vor der Arbeiterbewegung im ganzen Reiche eine andere Agenda stehe. Dies zu zeigen und nachzuweisen war eine der zentralen Aufgaben der »Sprawa Robotnicza«.

Die vorliegende Broschüre gibt einen guten Überblick, was in den Erscheinungsjahren der »Sprawa Robotnicza« an grundsätzlichen Themen behandelt wurde. Zum ersten sollten die Arbeiter zu Hause zum politischen Kampf angehalten werden, was in der ersten Nummer der Zeitung im Juli 1893 in dem später Rosa Luxemburg zugeschriebenen programmatischen Beitrag »Die politischen Aufgaben der polnischen Arbeiterklasse« abrissartig vorgestellt wurde.³ Dort wurde herausgestellt, dass der Arbeiter im Russischen Reich unabhängig von seiner Nationalität neben den Ausbeutern in den Fabriken einen weiteren mächtigen Feind besitze, das Zarenregime, welches am wirksamsten

2 Etwas früher als die Arbeit Rosa Luxemburgs erschien in Paris 1894, übrigens im gleichen Verlag, eine Broschüre von Kazimierz Kelles-Krauz (1872-1905) unter dem Titel »Klasowość naszego programu« [Der Klassencharakter unseres Programms], in der von marxistischen Positionen aus versucht wurde, die Haltung der PPS zu begründen.

3 Dieser Beitrag ist auf Deutsch nachzulesen in dem durch Jürgen Hentze zusammengestellten und herausgegebenen Band: Rosa Luxemburg: Internationalismus und Klassenkampf. Neuwied und Berlin 1971. S. 34-43.

durch den politischen Kampf für eine Konstitution in Bedrängnis gebracht werde. In der Broschüre wurde dieser Kampf um die Konstitution theoretisch ausgebaut und auf eine breitere Grundlage gestellt.

Zweitens wurde, wie bereits gesehen, der Kampf aufgenommen mit dem sogenannten Sozialpatriotismus, worunter nun künftig von Seiten der SDKP (später SDKPiL) fast ausschließlich alle Auseinandersetzung mit der anderen Arbeiterpartei PPS geführt wurde. Erst im Zuge der Revolution von 1905, mit der in ihrem Gefolge eintretenden Spaltung der PPS in einen mehr aufständischen und einen mehr inhaltlich-programmatisch ausgerichteten linken Flügel, kam auch Bewegung in das bis dahin vorherrschende PPS-Bild der SDKPiL. Allerdings wird Rosa Luxemburg auch dann nicht recht abzubringen sein von ihrer scharfen Polemik gegen das Unabhängigkeitsstreben der polnischen Sozialisten. Für sie werden solche Positionen unter den bestehenden Bedingungen auch weiterhin nicht vereinbar mit dem Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes sein.

Drittens wurde in der Broschüre in seinen Anfängen ein Russland-Bild entwickelt, welches seine Richtigkeit erst in den folgenden Jahren, insbesondere aber nach dem Ausbruch der Revolution von 1905 erweisen sollte. Hier werden sich die polnischen Sozialdemokraten durch ihre genauen Kenntnisse der Lage vor Ort allen anderen außerhalb der russischen Arbeiterbewegung als überlegen erweisen, wobei Rosa Luxemburg durch ihr Wirken in der deutschen Sozialdemokratie ganz besonders herausragen sollte, fand sich doch dort unter den deutschen Sozialdemokraten niemand, der ihr in dieser Frage ernsthaft hätte das Wasser reichen können. Als die SPD-Führung bei Kriegsausbruch im August 1914 meinte, im Osten würden deutsche Soldaten gegen Russland mit der Waffe im Anschlag eine demokratische Mission erfüllen, wird sich die nur oberflächliche Kenntnis russischer Verhältnisse auf entlarvende Weise offenbaren.

Und schließlich wurde, viertens, ausführlich und eindringlich auf die enorme Bedeutung des Kampfes für demokratische Verhältnisse verwiesen. Die Arbeiterbewegung müsse hier ihre Verantwortung für die Entwicklung der Gesellschaft erkennen, denn der Weg zum Sozialismus führe schließlich über die parlamentarische Demokratie. Die Zustände

für die Arbeiter unter den Bedingungen einer Demokratie bezeichnete Rosa Luxemburg in der Broschüre glattweg als ein halbes Paradies. Zwar ging sie im Vergleich von den halbbarbarischen Zuständen im zaristischen Russland aus, doch wird angesichts ihrer gesamten Argumentation auch bezüglich der Situation der Arbeiter unter demokratischen Verhältnissen deutlich, dass sie tatsächlich davon überzeugt war. Ein halbes Paradies auf dem Weg zum Sozialismus, der endgültigen Befreiung der Arbeiter von Ausbeutung und Unterdrückung.

Viele Jahre später wird sie im deutschen Gefängnis als politische Kriegsgefangene die russische Oktoberrevolution analysieren, diese als das wichtigste Faktum des Ersten Weltkriegs herausstellen. Sie wird Lenin Anerkennung zollen, weil die Bolschewiki sich nicht bei der Frage aufhielt, wie unter demokratischen Bedingungen für die Machtergreifung eine Mehrheit zustande gebracht werden kann. Lenin und die Bolschewiki nahmen sich auf revolutionäre Weise im entscheidenden Moment diese Macht und etablierten die Herrschaft der Arbeiter und Bauern. Aber Rosa Luxemburg wird den russischen Revolutionären um Lenin ins Stammbuch schreiben, dass ein Weitergehen ohne Demokratie, unter Ausschluss demokratischer Regeln und Methoden, nicht gangbar sei, nicht in den angestrebten Sozialismus führe.

In ihrer ersten Arbeit zur polnischen Unabhängigkeit verglich sie die Zustände in einer parlamentarischen Demokratie mit denen im damaligen Russland. Denn unter dem Zaren werde derjenige verhaftet, der ein Buch schreibe, derjenige, der es drucke und schließlich derjenige, der es lesen wolle. Ein treffliches Bild für einen Zustand, den sie durch politischen Kampf um festgeschriebene und unteilbare verfassungsmäßige Rechte zu überwinden trachtete. Und ein bedenkenswertes Menetekel, weil das System, welches im 20. Jahrhundert viele Jahrzehnte hindurch sich Sozialismus nannte, das halbe Paradies nicht festhalten konnte.

Das unabhängige Polen und die Arbeiterfrage

Von Maciej Rózga [Rosa Luxemburg]

Paris 1895

Worüber wir in diesem Buch sprechen werden

Es gibt heute eigentlich kaum noch einen polnischen Arbeiter, der nicht fühlen würde, wie unerträglich die Lage und die Ungerechtigkeit sind, die ihn bedrücken. Der Mensch schuftet hier von morgens bis abends, doch es reicht gerade einmal so für das tägliche Brot, während andere Menschen das ganze Leben lang für die Arbeit keinen Finger zu rühren brauchen und doch im Überfluß und Reichtum schwimmen. Hier behandeln alle den Menschen wie Dreck, als einen Diener, dort rümpft eine Handvoll Faulenzer die Nase und gebietet. Doch wenn erst die Arbeit ausbleibt, wenn vergeblich von Fabrik zu Fabrik gelaufen wird, wenn man sich verbeugt und wie um Gnade bettelnd, darum bitten muß, ins Joch gespannt zu werden! Dann erst schluckt der Mensch Erniedrigung, Elend und Jammer!

Was ist nun zu tun, um aus diesem Zustand des Elends und der Sklaverei herauszukommen? ... So fragen sich heute Tausende polnische Arbeiter und zerbrechen sich dabei den Kopf, um einen Ausweg aus ihrer Lage zu finden.

Zum Glück sind bei uns bereits viele zu der Einsicht und dem Wissen darüber gekommen, was zu tun sei. Sie haben schließlich begriffen, daß weder Gott noch überhaupt irgendeine Sterbensseele dem Arbeiter helfen werden, wenn er selbst sich nicht zum Kampfe anschickt. Und so dauert bereits seit vielen Jahren der Kampf zwischen den Arbeitern und jenen an, die sich an dessen Arbeit bereichern. Das ist die Hauptsache! Sobald die Arbeiter nämlich aufhören, auf göttliches Erbarmen

zu hoffen, sobald Demut und Gleichgültigkeit verschwinden, ist bereits die Hälfte geschafft. Unsere Arbeiter lassen schon längst nicht mehr vom Kampf ab, solange nicht, bis die völlige Befreiung erreicht sein wird.

Die andere Hälfte der Aufgabe besteht nun darin, daß die Arbeiter genau wissen sollten, wie sie zu kämpfen haben und was zur Verbesserung des Schicksals sie tun müssen. Die richtige Kampfweise zu finden, ist keine ganz so einfache Aufgabe, wie es zunächst den Anschein haben mag. Die Lage des Arbeiters ist sehr schwer, und ihm stellen sich auf Schritt und Tritt Hindernisse entgegen. Er versucht es also mal von dieser, mal von jener Seite, macht verschiedene Fehler, da er nicht sofort auf die richtige Ursache für das Übel trifft.

Doch werden zum Beispiel bei uns nicht wenige Arbeiter denken, sie hätten alles für ihre Befreiung unternommen, als sie sich mit den Kollegen in der Fabrik oder den Berufskollegen zusammenschlossen, eine Kasse gründeten und mit anderen für höhere Löhne oder die Kürzung des Arbeitstages streikten. Doch diese Arbeiter irren sich.

Freilich, Kassen der Fachvereine, Streiks und Lohnerhöhungen sind bedeutende Dinge für den Arbeiter; ohne gewerkschaftliche Kämpfe könnte man überhaupt nicht handeln. Aber dort endet die Welt nicht. Die Arbeiter müssen von vornherein wissen, daß es die vollkommene Erlösung aus Elend und Abhängigkeit erst geben wird, wenn sie nicht mehr gezwungen sein werden, ihre Arbeit für das Brot zu verkaufen, wenn sie den Kapitalisten alle Arbeitsmittel wegnehmen und sich selbst geben werden, d. h., wenn die sozialistische Ordnung Einzug hält. Darauf werden wir in diesem Buch noch ausführlicher zu sprechen kommen.

Doch es reicht auch nicht, wenn der Arbeiter den gewerkschaftlichen Kampf führt und auf die Einführung des Sozialismus hinwirkt. Der Arbeiter muß auch verstehen, wie zum Sozialismus hinzuwirken ist. Klären wir diese Frage am Beispiel, denn am besten ist, zu schauen, was sich woanders mit den Arbeitern bereits tut, um deren Erfahrungen zu nutzen.

In England nahmen sich die Arbeiter bereits vor einhundert Jahren des Kampfes an. Lange Zeit dachten sie, es genüge, bei den einzelnen

Kapitalisten bessere Löhne und kürzere Arbeit herauszuholen, und alles werde gut. Doch da trafen sie auf großen Widerstand bei ihrer eigenen Regierung. Die englische Regierung verbot ihnen, Kassen zu gründen, verhaftete sie im Streikfalle, wegen der Fachvereine wurden sie eingesperrt. So erkannten die Arbeiter, daß sie auf diese Weise nicht sehr weit kommen werden, und mußten sich eingestehen: Wir haben uns geirrt. Von den Fabrikanten selbst können wir nicht viel heraussholen, denn sie haben mit der Regierung den stärksten Verteidiger. Man muß also folglich mit der Regierung um verschiedene Rechte und Freiheiten kämpfen, man muß einen politischen Kampf führen.

Nun, wir befinden uns heute in der gleichen Lage wie seinerzeit die englischen Arbeiter. Auch bei uns ist die Regierung der mächtigste Verteidiger unserer Ausbeuter, auch wir müssen unseren Kampf zugleich gegen die Regierung richten, wir müssen verschiedene politische Rechte fordern.

Und hat uns die Zarenregierung nicht hundertmal bewiesen, daß sie unser Todesfeind ist, daß sie uns weder erlaubt, den gewerkschaftlichen Kampf zu führen noch auf den Sozialismus hinzuwirken? Und was war im Mai 1891 in Żyrardów, als Kosaken die Arbeiter mit Peitschen schlugen? Und was war in Łódź im Mai 1892, als auf Arbeiter, Frauen und Kinder geschossen wurde, nur deshalb, weil sie den Achtsturentag forderten?

Und jetzt, wenn man nach Żyrardów schaut, was für eine Verfolgung der Arbeiter! Und in Warschau aller paar Tage Verhaftungen! Die Regierung gibt uns laufend mit lauter Stimme zu verstehen, daß sie unser Gegner ist und auf der Seite der Kapitalisten steht. Es stünde schlecht, würden die polnischen Arbeiter nicht verstehen, daß sie mit diesem Gegner kämpfen müssen. So muß also jeder Arbeiter, der vom Joch des Kapitals sich befreien will, sich sagen: Meine Aufgabe ist sowohl der Kampf mit den Fabrikanten und zugleich der Kampf mit der Regierung, der politische Kampf.

Und nun, verstehen wir bereits unsere Aufgaben und Wege gut? Wir wissen erstens, daß die völlige Erlösung darin besteht, den Kapitalisten Grund und Fabriken wegzunehmen, den Sozialismus einzuführen.

Wir wissen zweitens, daß bis dahin und für die Verbesserung des Schicksals, der gewerkschaftliche Kampf mit den einzelnen Ausbeutern zu führen ist.

Wir wissen drittens, daß die heutige Regierung auch in unserem gewerkschaftlichen Kampf und im Hinwirken auf den Sozialismus ein Hindernis ist und daß gegen die Regierung politisch zu kämpfen ist.

Wissen wir nun dasjenige, was erforderlich ist? Nein, noch nicht, denn wir wissen noch gar nicht, für was denn gegen die Regierung zu kämpfen, für was denn der politische Kampf zu führen ist. Als ob das so schwer zu erraten sei, werden nicht wenige Arbeiter einwenden. Klare Sache: Die Regierung verbietet zu streiken – also kämpfen wir für das Streikrecht. Die Regierung verbietet, Kassen und Gewerkschaften zu gründen, also streben wir nach einem Gewerkschaftsrecht. Die Regierung erlaubt nicht, auf Versammlungen zu gehen und über die Arbeitersache zu reden, verlangen wir also Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Die Regierung macht das Recht, so wie es ihr gefällt, verlangen wir also, daß kein Gesetz ohne unsere Zustimmung verabschiedet wird usw.

Und wirklich, das ist die volle Wahrheit. So sagt es auch die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie. Sie sagt: Von der Regierung müssen wir fordern, daß sie uns alle jene Rechte und Freiheiten zugesteht, die den Arbeiter in allen zivilisierten Ländern heute zustehen und die sich Konstitution nennen. Die Konstitution ist unerläßlich sowohl für uns als auch für die russischen Arbeiter, denn auch sie leiden unter der gleichen Zarenregierung. Folglich müssen wir mit den russischen Arbeitern zusammen von der Regierung die Konstitution fordern. Zu diesem politischen Kampf werden die Arbeiter durch die Sozialdemokratie unentwegt angehalten. Und es scheint, als sei nichts einfacher als das. Um was sonst nämlich sollten die polnischen Arbeiter gegen die Regierung kämpfen?

Doch es gibt Leute, die anders reden. Sie sagen, daß die polnischen Arbeiter für ihre Erlösung gar nicht mit den russischen Arbeitern zusammen die Konstitution fordern sollten, sondern unser Land völlig von Rußland abtrennen, es mit Galizien und Posen vereinen, eine polnische Nationalregierung berufen und einen unabhängigen polnischen

Staat errichten müßten. In der Wiederherstellung Polens – so diese Leute – liegt für die polnischen Arbeiter der Weg zur Erlösung. Leute, die so reden, das sind Sozialpatrioten, die sich »Polnische Sozialistische Partei« nennen.

Nun sollten die Arbeiter gut überlegen, wie sie antworten sollen. Kann die Wiederherstellung Polens die Arbeiter aus dem Elend und aus der Sklaverei befreien? Sind die Arbeiter imstande, Polen wiederherzustellen? Das alles sind sehr wichtige Fragen. Jeder polnische Arbeiter sollte über diese Dinge nachdenken und immer darauf Antwort geben können. Denn was sollte werden, wenn der Arbeiter nicht selbständig zu denken imstande wäre? Kommt da einer und sagt ihm: Du mußt nach rechts gehen. Kommt da ein anderer und sagt: Geh nach links. Und der Arbeiter wird nicht wissen, wohin, und sich mal von dem einen, mal von dem anderen auf Glatteis führen lassen. Völlig anders ist es aber, wenn jedes Ding erwogen und bedacht, wenn aufs bloße Hörensagen hin niemandem geglaubt wird. Erst dann wird der Arbeiter nach eigenem Kopf genau wissen, ob er nach rechts oder nach links zu gehen hat. Also werden wir in diesem Buch folgendes erörtern und darüber sprechen:

Kann ein unabhängiges Polen die Arbeiter völlig aus Elend und Sklaverei befreien?

Kann es zumindest unser heutiges Unglück entscheidend lindern?

Ist schließlich die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens überhaupt möglich?

Wird die Wiederherstellung Polens die Arbeiter aus dem Elend erlösen?

Die Sozialpatrioten überreden also die Arbeiter zur Abtrennung der polnischen Gebiete von Rußland, Österreich und Preußen sowie zur Wiederherstellung eines wieder gesonderten polnischen Staates, genauso, wie es vor über einhundert Jahren gewesen war.

Dies ist die erste Frage, die jeder Arbeiter darauf gewiß stellen wird: Was habe ich davon? Welchen Vorteil bringt mir die Wiederherstellung des polnischen Staates? Befassen wir uns also mit dieser Frage.

Es geht uns schlecht heute. Die Arbeit ist mörderisch, wir haben geringe Verdienste, suchen häufig wochenlang vergeblich nach Beschäftigung, unsere Frauen und die Kinder quälen sich zusammen mit uns. Wir sind neugierig, wie es mit alldem in einem unabhängigen Polen bestellt sein wird. Wird sich das alles ändern oder wird es bleiben wie bisher?

Und nicht wenige Arbeiter werden dabei sagen: Bin ich ein Prophet, um vorhersagen zu können, wie es in einem unabhängigen Polen sein wird? Wer kann schon wissen, ob sich dort alles ändern wird oder nicht? Doch man braucht beileibe gar kein Prophet zu sein. Öffnen wir nur die Augen und schauen uns um.

Gibt es um uns herum vielleicht keine unabhängigen Staaten? Oder sind Deutsche, Italiener, Franzosen, Schweizer, Belgier etwa den Moskowitern oder irgendeiner anderen Nation unterworfen? Keineswegs, sie sind frei, besitzen ihre unabhängigen Staaten. Befragen wir sie also, ob ihnen denn die Leiden, die wir ertragen, unbekannt sind? Ob es dort etwa keinen Hunger, kein Elend, keine Erwerbslosigkeit gibt? Versucht, mit solchen Fragen einen beliebigen Arbeiter aus England oder Frankreich, aus Deutschland oder Italien, aus Amerika oder Australien anzusprechen. Fragt ihn so, und er wird denken, ihr seid geradezu vom Himmel gefallen!

Der italienische Arbeiter wird euch sagen: Und habt ihr noch nichts davon gehört, daß auf der Insel Sizilien kürzlich ein Hungeraufstand ausbrach, weil uns die letzte Verzweiflung trieb?

Vom Engländer werdet ihr diese Worte hören: In unserer Hauptstadt, in London, der Welt größten und reichsten Stadt, sterben jedes Jahr ein paar Dutzend Arbeiter an Hunger!

Vom Deutschen werdet ihr die bekannten Berichte darüber hören, wie in den deutschen Bergen ganze Weberfamilien an Hunger sterben!

Und schließlich wird euch der amerikanische Arbeiter berichten, daß vor kurzem einige hunderttausend Arbeiter, die ohne Beschäftigung waren, aus allen Gegenden der Vereinigten Staaten Hunderte von Mei-

len weit zu Fuß in die amerikanische Hauptstadt Washington gegangen sind, um den reichen Mann und die Regierung um Rettung vor dem Hungertod, um Arbeit anzurufen!

Solche Geschichten werden wir von jedem Arbeiter hören, der heute wo auch immer auf dieser Welt lebt, egal in welchem unabhängigen Staat. Überall die gleiche Geschichte, die auch wir zur Genüge kennen: Armut, Überfluß an Arbeit, Beschäftigungsmangel, Hunger...! Das gleiche trägt sich in unfreien wie freien, in abhängigen wie unabhängigen Ländern zu. So kann also jeder aus dem, was sich in der ganzen Welt in Tausenden von Beispielen vollzieht, von vornherein ablesen und muß dabei überhaupt kein Prophet sein, daß in einem unabhängigen Polen sich weder unser Elend noch die schwere Arbeit, auch nicht die Erwerbslosigkeit ändern würden, so wie diese Dinge auch in allen anderen unabhängigen Staaten sich nicht geändert haben.

Noch besser werden wir uns davon überzeugen, sobald wir genauer erkennen, welches die eigentlichen Ursachen für das Arbeiterleid auf der ganzen Welt sind. Um die Ursachen genauer zu betrachten, lassen wir unseren Hauptgegenstand einen Augenblick ruhen.

Verschiedene Sprüche und Redensarten besagen, der Mensch sei selbst schuld an seinem Schicksal. Zum Beispiel sagen die Leute: Wie man sich bettet, so schläft man. Auch die Geistlichen auf der Kanzel sagen: Arbeite und bete, und es wird dir gut gehen. Und es ist schon merkwürdig, daß auf den Arbeiter alle diese guten Worte nicht zutreffen. Überall arbeiten die Arbeiter schwer, dennoch leiden sie Not. So wie dem Fabrikarbeiter ergeht es dem Bergmann, so wie dem Bergmann dem Landknecht, sie arbeiten vom frühen Morgen an bis in die Nacht hinein, häufig auch in der Nacht, es arbeiten Ehemänner und Ehefrauen, große und kleine Kinder, und alle zusammen bekommen gerade einmal soviel Lohn, daß es gerade so reicht zum Leben. Ein naiver Mensch, der unsere Bedingungen nicht kennt, könnte fragen: Warum und wofür gehen die Arbeiter zur Arbeit in die Fabriken, in die Gruben, auf die Gutshöfe, wenn dabei für sie selbst doch so wenig herauskommt? Fürwahr! Wie sollten sie denn nicht auf Arbeit gehen, wenn der Mensch doch essen, sich bekleiden muß, die Miete zu zahlen hat, und dabei gar nicht weiß, wie er das alles aufbringen soll. Dann

aber, so könnte unser naiver Mensch weiter drängen, arbeitet doch, da ihr schließlich gesunde Hände habt, ausschließlich für euch selbst, alle zusammen, so, wie ihr es für den Lohn tut. Was ihr herstellt, wird euch gehören, niemand wird euch knechten. Na, wer wollte da nicht lieber für sich selbst anstatt für den Fabrikanten arbeiten? Aber wie? Womit? Wo ist der Werkstoff, wo das Werkzeug? Wo die Maschinen? Wo der Boden? Nur mit den Händen alleine läßt sich nichts ausrichten, gar nichts, doch der Arbeiter besitzt nichts außer seinen Händen, außer seiner Arbeitskraft.

Da liegt der Hund begraben, hier ist des Pudels Kern. Beachten wir nun und merken uns die Sache, daß der Arbeiter für die Arbeit ausschließlich seine eigenen Kräfte besitzt, aber keine Werkzeuge. Daraus entspringt wie der Faden aus dem Knäuel die ganze Armut.

Da sich ohne Werkzeug nichts machen läßt, muß der Arbeiter bei den anderen arbeiten gehen, die den Boden, die Werkstoffe, die Werkzeuge, also das Kapital besitzen. Diejenigen, die Kapital haben, die Fabrikanten, die Bürger Gutsbesitzer, die Grubenbesitzer, den Werkstattbesitzer, leihen sich den Arbeiter aus oder kaufen vielmehr seine Arbeitskraft, bezahlen ihn dann dafür. Doch das tun sie nicht aus Spaß oder Mitleid. Der Kapitalist hat, wenn er den Arbeiter anheuert, ein vollkommen bestimmtes Ziel – den Gewinn. Und dieser Gewinn besteht darin, daß der Kapitalist sich selbst die gesamten Früchte der Tätigkeit des Arbeiters aneignet, dem Arbeiter aber so wenig wie nur möglich bezahlt - damit er eben gerade so durchkommt. Wenn die Kapitalisten den Arbeiter nicht auf diese Weise auspressen, nicht ausnützen würden, dann hätte die ganze Lohnarbeit für sie keinen Sinn und sie würden sogleich alle Werkstätten, Fabriken und so weiter schließen. Hierauf beruht die ganze Armut der Arbeiter.

Wir sind weit abgekommen vom unabhängigen Polen, haben dafür aber erfahren, woraus sich das Leid der Arbeiterklasse ergibt.

Jetzt verstehen wir genau, weshalb die Arbeiter in allen Ländern über die gleiche Armut klagen wie wir auch. Die Kapitalisten in allen Ländern, das sind die gleichen Ausbeuter, die kein Mitleid, kein Gewissen, keine Nationalität, überhaupt nichts außer dem Gewinn kennen. Ob nun ein eigener oder ein fremder Arbeiter – der bleibt für sie doch

nur ein und dasselbe Arbeitsvieh. Und die Arbeiter müssen sich in allen Ländern ausbeuten lassen, denn sie besitzen keine Werkzeuge, Werkstätten, keinen Boden und auch nicht die Werkstoffe für die Arbeit.

Nun können wir noch besser auf die zweite Frage antworten: Ob in einem unabhängigen polnischen Staat sich unser Elend ändern würde?

Ich frage: Würden die Fabriken, die Bergwerke und die Äcker so wie heute bereits demselben Haufen habgieriger Kapitalisten gehören? Freilich, denn durch die alleinige Lostrennung des Landes von Rußland wären die Fabrikanten, die Bürger Gutsbesitzer und überhaupt die Kapitalisten noch längst nicht verschwunden.

Und wären wir, die Arbeiter, nicht so wie heute aller Dinge entledigt und müßten den Kapitalisten unsere Arbeitskraft verkaufen? Selbstverständlich, denn durch die bloße Lostrennung des Landes von Rußland würden die Fabriken, die Bergwerke und der Acker noch nicht in unser Eigentum übergehen.

»Was also habe ich im unabhängigen Polen nur verloren?« – wird nun jeder Arbeiter rufen und recht haben. Wir können bereits entschieden und bestimmt sagen, daß in einem unabhängigen Polen unser Elend, die Arbeit und unser Unglück, so wie jetzt auch, weiterbestehen würden.

Dort, wo die Arbeitsmittel Privateigentum der Kapitalisten sind und die Arbeiter vom Verkauf ihrer Arbeiterhände leben, dort kann es für die Arbeiterklasse kein Glück geben. Ihr Leid kann, wie wir bereits einleitend sagten, erst dann beendet werden, wenn Fabriken, Bergwerke und der Boden den Kapitalisten weggenommen und in das Gemeineigentum des gesamten Arbeitervolks überführt werden, also wenn die sozialistische Ordnung eingeführt wird.

Erst dann wird der Arbeiter nicht mehr der Ausbeutung durch das Kapital überlassen sein. Auf den gemeinsamen Feldern des Volkes, in den gemeinsamen Fabriken und Gruben des Volkes wird das Volk nur für sich alleine arbeiten und brüderlich die Früchte seiner Arbeit teilen.

Ein unabhängiges Polen aber wäre ganz wie das abhängige Polen ein Staat der Kapitalisten. Und ein Staat der Kapitalisten kann für die Arbeiter weder das Paradies sein noch die Erlösung bedeuten.

Es wäre auch kein Paradies für die Arbeiter, sondern genau jene Hölle, die wir bereits heute ertragen müssen. So wie heute trieben dort Elend, Krankheit, Arbeitslosigkeit und die unsere Kraft übersteigende Arbeit ihren Schindluder mit uns. Und der polnische Ausbeuter stünde mit seiner Hungerpeitsche über uns – so wie heute bereits.

II

Wird es in einem unabhängigen Polen keine Unterdrückung mehr geben?

Armut, so wie sie heute überall besteht, würde es also auch in einem unabhängigen Polen geben. Aber vielleicht verschwände dort zumindest die Unterdrückung? Denn wir Arbeiter haben schließlich zwei Knuten über uns: das Elend und die Unfreiheit. Die Kapitalisten beuten uns aus und die Regierung unterdrückt uns. Vielleicht würden wir dort zumindest die Unterdrückung der Regierung nicht mehr erfahren? Wahrlich, nicht wenige Arbeiter würden sagen: Heute unterdrückt uns eine fremde, die russische Regierung. Unsere, eine polnische Regierung, wäre nicht unser Feind und gäbe uns alle Freiheit.

Doch derjenige, der so denkt, hat sich wieder bitter geirrt. Haben wir uns denn nicht tausendfach überzeugen können, daß sowohl die eigene wie auch die fremde Regierungen gleichermaßen feindlich gegen die Arbeiter eingestellt sind? Wissen wir denn nicht, daß die russische Regierung, so wie uns, auch ihre eigenen russischen Arbeiter unterdrückt? Daß sie diese genauso mit Peitschenhieben abstruft, nach Sibirien verbannt, in Gefängnisse sperrt? Und haben wir nicht gehört, daß die österreichische Regierung gerade jetzt verbissen mit ihren Arbeitern kämpft, weil sie diesen bestimmte Rechte nicht zubilligen möchte? Und haben wir nicht gehört, daß die französische Regierung befahl, am Ersten Mai auf ihre französischen Arbeiter zu schießen? Und wissen

wir nicht, daß die Regierung Nordamerikas ihre Arbeiter, die für den Achtstundentag kämpfen, mit Blut und Eisen verfolgt? Und haben wir nicht gehört, wie kürzlich die italienische Regierung auf der Insel Sizilien mit Kugeln auf den Hungeraufstand ihrer Arbeiter antwortete? Und sehen wir nicht, wie die deutsche Regierung dutzendfach kämpfende Arbeiter verhaftet und in Gefängnisse einsperrt?

Doch warum so weit nach einem Beispiel suchen. Wissen wir denn nicht, daß die polnische Regierung, als Polen ein unabhängiger Staat gewesen war, ausschließlich dem Adel diente, die polnischen Arbeiter und Bauern aber mit den wildesten Grausamkeiten knechtete?

Wissen wir denn nicht, daß die polnischen Arbeiter heute in Galizien die Selbstverwaltung, somit ihre eigene polnische Regierung haben und doch durch eben diese Regierung unterdrückt und verfolgt werden, wo immer es geht? Und wissen wir schließlich nicht, daß die polnischen Arbeiter im Posenschen, also unter der fremden deutschen Regierung, sehr viel mehr Freiheit und mehr Rechte haben als der österreichische und russische Arbeiter unter der eigenen Regierung?

Wir wissen darüber genau Bescheid und können deshalb von vornherein entschieden sagen, daß jede Regierung, egal ob die eigene oder eine fremde, die Arbeiter knechtet und unterdrückt, auch im unabhängigen Polen wäre die Regierung ein Feind der Arbeiter, so wie es alle anderen Regierungen eben auch sind.

Das wird uns dann erst völlig klar werden, wenn wir uns fragen, wozu in jedem Staat eine Regierung existiert: Wozu gibt es Könige, Minister, Militär, Gendarmerie, Polizei? Sie existieren, um das arbeitende Volk unter der Herrschaft der Ausbeuter zu halten, damit das Volk nicht die Ausbeutung und die Herrschaft der Kapitalisten abschütteln kann. Jahrhunderte hindurch erträgt das Volk auf der ganzen Welt bereits Ausbeutung, viele Jahre sitzt ihm ein Haufen Blutsauger im Nacken und saugt Blut und Leben aus ihm. Und alle diese Jahrhunderte hindurch diente die Regierung immer und überall den Ausbeutern, damit die sich auf dem Rücken des Volkes halten können.

In allerfrühesten Zeiten kannte man weder Fabriken noch freie Lohnarbeit – es herrschte Sklaverei. Damals diente die Regierung den Reichen und metzelte tausendfach die Sklaven nieder, als die sich gegen

ihre Tyrannen auflehnten. Später verschwand die Sklaverei und wurde durch eine neue Form der Ausbeutung ersetzt – durch die Fronarbeit. Damals diente die Regierung dem Adel und verteidigte dessen uneingeschränkte Herrschaft über die Bauern. Heute haben wir wiederum eine andere Form der Ausbeutung: den Kapitalismus, die freie Lohnarbeit – und die Regierung steht in den Diensten der Fabrikanten, Gewerbetreiber und aller Kapitalisten. Denen zum Nutzen und uns zur Qual dienen Militär, Gendarmerie, Polizei und die Gefängnisse.

So wie jeder einzelne Kapitalist in seiner Fabrik, seinem Bergwerk oder seiner Werkstatt über seine Arbeiter herrscht, so herrschen alle Kapitalisten zusammen, so herrscht die ganze Kapitalistenklasse mit Hilfe der Regierung über die Arbeiterklasse.

Und so sind heute alle Regierungen der Welt, so sind sie in England und in Frankreich, in Italien und in Österreich und in allen unabhängigen Ländern.

»Wie nun!«, ruft ihr aus: »Wir sollen glauben, daß es den Arbeitern heute unter allen Regierungen ganz gleich ergeht? Daß es keine Unterschiede gibt zwischen den Regierungen auf der Welt?«

Nein, das wollten wir ganz und gar nicht behaupten. Natürlich sind die Unterschiede zwischen den Regierungen gewaltig. In Frankreich gibt es zum Beispiel keinen König, dafür einen gewählten Präsidenten, dort besteht die Republik. In Deutschland, auch wenn es dort einen Kaiser gibt, nimmt das ganze Volk die verbrieften Rechte wahr, dort gibt es eine Konstitution. In Österreich gibt es gleichfalls eine Konstitution, wenn auch eine schlechtere als in Deutschland. Und ganz klar, daß es den Arbeitern in Frankreich und in Deutschland entschieden besser geht als denen in Österreich, doch in Österreich entschieden besser als denen bei uns. Und es ist klar, daß wir mit allen Kräften wenigstens jene Freiheit erreichen müssen, die es heute in Deutschland und Frankreich gibt. Doch wir wollten die zwei wichtigsten Dinge nachweisen, die jeder Arbeiter wissen, verstehen und an die er sich erinnern sollte:

Erstens: Völlige Freiheit erlangen die Arbeiter unter keiner Regierung, solange nämlich nicht, wie die Kapitalisten herrschen.

Zweitens: Die Freiheit der Arbeiter hängt überhaupt nicht davon ab, ob eine eigene oder eine fremde Regierung besteht, denn sowohl

die eigene Regierung als auch eine fremde dienen gleichermaßen der Kapitalistenklasse und sind Feinde der Arbeiter.

So wie für jeden Kapitalisten der Arbeiter, egal ob nun ein eigener oder ein fremder, bloßes Arbeitsvieh ist, so ist für die Regierung der Arbeiter, egal ob nun ein eigener oder ein fremder, bloßer Sklave und Diener, der demütig zu sein hat. Jeder Kapitalist kennt nur die eine Sache, die Ausbeutung. Jede Regierung kennt nur die eine Sache, die Unterdrückung.

Nun wissen wir also, was von unserer polnischen Regierung zu erwarten wäre.

Wir haben bereits im zurückliegenden Teil gesehen, daß in einem unabhängigen Polen die Ausbeutung durch die Kapitalisten und ihre Wirtschaft bleiben würde. Und in einem solchen Falle stünde die Regierung völlig in den Diensten der Kapitalisten, diene ihnen, um uns, die Arbeiter, in Demut und im Joch zu halten. Eine polnische Regierung wäre also für uns die gleiche wie die Regierungen überall auf der Welt: Sie würde die Arbeiter verfolgen und unterdrücken. Auf die Forderung nach Arbeit, auf den Kampf der Arbeiter antwortete sie ganz wie Hurko¹: »Nicht mit den Patronen geizen!«

Nein, ein unabhängiges Polen erlöst uns nicht aus der Unterdrückung, so wie es uns auch nicht aus dem Elend erlöst. Und die Unterdrückung durch die Regierung und unser Elend haben eine gemeinsame Ursache: die Herrschaft der Kapitalisten. Da es wie auf der ganzen Welt auch im unabhängigen Polen Kapitalisten geben würde, wäre auch die Regierung der gleiche erbitterte Feind der Arbeiter, so wie heute in Österreich und Frankreich, in Deutschland und Italien.

Welche Änderung würde also in unserer Lage eintreten? Lediglich die, daß niemand unsere Nationalität verfolgen, niemand uns eine fremde Sprache aufzwingen könnte. Ein kleiner Trost, ein Tropfen im Meer unserer Leiden. Ansonsten würde sich für uns nichts ändern. Anstelle des russischen schubste uns ein polnischer Stehkragen, anstelle

1 Jossiff Romejko Hurko (1828.1901), war von 1883 bis 1894 Generalgouverneur in Warschau. Verfechter einer durchgreifenden Russifizierung des öffentlichen Lebens. [Anmerkung des Übersetzters.]

der russischen Gendarmen verhafteten uns polnische Gendarmen, und anstelle der russischen Gefängnisse sperrten sie uns in polnische Gefängnisse ein. Doch leichter wäre es für uns dadurch nicht. Die polnische Knute tut genauso weh wie die russische, und jede Regierung ist heute für die Arbeiter eine Knute in den Händen der Kapitalisten.

Was folgt nun aus alledem, was wir bisher gesagt haben?

Es folgt daraus, daß durch das Erreichen der Unabhängigkeit Polens für uns, die Arbeiter, weder Elend noch Unterdrückung durch die Regierung verschwinden würden, denn im unabhängigen Polen herrschten so wie heute die Kapitalisten.

Können wir angesichts dessen vom unabhängigen Polen die Erlösung erwarten? Nein, unser Streben sollte dem Sozialismus gelten, denn nur der wird uns aus dem Elend und von Unterdrückung erlösen.

So haben es die polnischen Sozialisten den Arbeitern auch zu allen Zeiten gesagt. Ihr habt sicherlich davon gehört, daß es bei uns bereits vor zehn Jahren selbstlose Menschen gab, die für die Befreiung des arbeitenden Volkes vom Joch des Kapitals kämpften. Diese Menschen schonten im Opfer für die Sache der Arbeiterbefreiung nicht ihr Leben. Unsere elende Regierung schnappte diese Menschen, sperrte sie ins Gefängnis und verurteilte sie zu Schwerstarbeit, vier von ihnen wurden gehängt. Und diese selbstlosen Menschen, denen ihr Leben für die Sache der Arbeiter nicht zu schade war und die ihr bis zum Lebensende treu blieben, sagten immer:

Polnische Arbeiter! Laßt euch nicht vom Weg abbringen! Schenkt denen keinen Glauben, die euch zur Wiederherstellung des polnischen Staates überreden wollen! Erwartet keinerlei Erlösung von einem unabhängigen Polen, denn es wird euch nicht erlösen! Im unabhängigen Polen wird es für euch die polnische Knute, so wie heute die russische, geben. Strebt nach der Beseitigung aller Knuten, nicht aber danach, die eine durch die andere zu ersetzen!

So riefen bereits vor zehn Jahren die Helden, die für die Befreiung der Arbeiter Qualen auf sich nahmen.

Und wir, die Sozialdemokraten, sagen es euch heute genauso:

Polnische Arbeiter! Schenkt denen keinen Glauben, die euch einzureden versuchen, daß die Wiederherstellung Polens euch glücklich machen könnte. Ein unabhängiges Polen wird euch nicht erlösen können. Setzt euch für die Einführung des Sozialismus ein und laßt euch nicht vom Weg abbringen!

III

Wird uns ein unabhängiges Polen mehr Freiheit bringen?

Nach dem, was wir bestätigt bekommen haben, wird jeder Arbeiter nun bestimmt ausrufen: Wozu sollten wir den Wiederaufbau Polens anstreben, da der uns weder aus dem Elend noch von der Unterdrückung befreien wird? Aus welchem Grunde aber finden sich heute noch Leute, die die Arbeiter zur Wiederherstellung Polens überreden wollen?

Doch, solche Leute finden sich eben und sie sagen, daß Polen trotzdem wieder hergestellt gehört. Diese Leute, die sich »Polnische Sozialistische Partei« nennen, beweisen es so: Die Arbeiter sollten ein unabhängiges Polen deshalb wieder herstellen, weil es dort keine Unterdrückung der polnischen Nationalität, weil es dort die Freiheit der Sprache geben werde. Zweitens werde es dort für die Arbeiter mehr Freiheit geben als diejenige, die wir von der russischen Regierung jemals werden erringen können.

Nun dazu, daß ein unabhängiges Polen uns von der Verfolgung unserer Nationalität und Sprache befreien würde. Jeder Arbeiter weiß aber doch, und wir haben es bereits gesagt, daß die Verfolgung der Sprache, die wir durch die russische Regierung zu spüren bekommen, nur ein Tropfen im Meer unseres gesamten Leides ist – des Hungers, der schweren Arbeit, der Arbeitslosigkeit, der Unterdrückung auf Schritt und Tritt.

Am meisten interessiert uns jedoch die größere Freiheit, die uns die »Polnische Soz. Par.« in einem unabhängigen Polen verspricht. Völlige Freiheit würde es dort nicht geben, das wissen wir bereits genau. Doch man sagt uns, daß sie sehr viel größer sein würde als die, die wir

überhaupt irgendwann von der russischen Regierung erlangen könnten. Aber ja doch, eine solche Zusicherung klingt vielversprechend. Für uns Arbeiter ist größere Freiheit eine fast genauso wichtige Sache wie das tägliche Brot.

Doch fällt es uns schwer, den Sozialpatrioten aufs Wort zu glauben. Wir wissen, daß es heute auf der Welt keine Propheten gibt. Nehmen wir einmal an, jemand sagte, hier werde in Zukunft diese Freiheit und dort eine andere Freiheit herrschen, so wären wir vollkommen im Recht, wenn wir fragten, nach welcher Regel die guten Herren denn so etwas voraussagten? Welche Beweise haben sie dafür, daß es im unabhängigen Polen eine größere Freiheit geben werde?

Hören wir uns die Beweisführung der »Pol. Soz. Par.« also aufmerksam an und überdenken danach selbst Wort für Wort, ob es sich um eine zuverlässige Wahrheit handelt.

Wenn wir unser Land, das Königreich Polen, mit Rußland vergleichen, so versucht die Pol. Soz. Par. nachzuweisen, dann sehen wir, daß in Rußland noch Barbarei herrsche, bei uns das Land aber zivilisiert sei. In Rußland setze sich das Volk aus zurückgebliebenen Bauern zusammen, die den Zaren verehrten, städtische Arbeiter aber gäbe es in geringer Zahl, insgesamt zwei Millionen bei einer Bevölkerung von 100 Millionen, und diese Arbeiter seien, na ja, keine bewußten.

Bei uns gäbe es eine stark entwickelte Industrie, gäbe es eine starke und aufgeklärte städtische Arbeiterklasse – eine Million bei einem Zehn-Millionen-Volk, es gäbe eine große ländliche Arbeiterklasse, und schließlich gäbe es ein recht bewußtes Kleinbürgertum, habe es doch an den Aufständen teilgenommen.

Aus all diesen Gründe, so die »Pol. Soz. Par.«, würde in unserem Land eine sehr viel größere Freiheit herrschen als die, die es in Rußland überhaupt je geben könnte. Und deshalb hätten wir die Abtrennung unseres Landes von Rußland und die Schaffung eines eigenen polnischen Staates anzustreben.²

2 So weist es die »Polnische Sozialistische Partei« in ihrer Festschrift »Robotnik«, ausgegeben im Februar 1894, auf den Seiten 5 und 6 aus.

Jetzt wissen wir also, was die Sozialpatrioten zum unabhängigen Polen sagen können. Überlegen wir nun gut, ob das, was sie da verkünden, alles stimmt.

Zunächst erwägen wir einmal, ob es stimmt, daß in einem Land, je entwickelter in ihm die Industrie und je größer die Arbeiterklasse ist, desto mehr Freiheit besteht? Als Beispiel nehmen wir zwei Länder, die Schweiz und Deutschland. In der Schweiz ist die Industrie kaum entwickelt, in Deutschland aber besteht eine gewaltige Fabrikindustrie. In der Schweiz setzt sich fast die gesamte Bevölkerung aus Hofbauern zusammen, in Deutschland aber stellen die Bauern bei weitem die Minderheit der Bevölkerung. In der Schweiz sind die Fabrikarbeiter ein kleiner Teil, in Deutschland bilden sie jedoch eine gewaltige und tüchtige Arbeiterklasse. Na, und? Nach den Annahmen der »Pol. Soz. Par.« müßte es in Deutschland unvergleichlich mehr Freiheit geben als in der Schweiz, ist doch so, oder? In Wirklichkeit jedoch ist es genau umgekehrt. In der Schweiz gibt es eine Republik, also eine Regierung ohne König, und die größte Freiheit in Europa, in Deutschland aber regiert der Kaiser, und es gibt viel weniger Freiheit. Und merkwürdig auch, daß die Fabrikgesetzgebung in der Schweiz sehr viel besser ist als in Deutschland.

Nehmen wir noch zwei weitere Länder. Belgien und die Vereinigten Staaten von Amerika. In Belgien ist die Klasse der Fabrikarbeiter vergleichsweise stärker und größer als in Amerika, auch die Industrie ist proportional entwickelter. Und da müßte es nach den Annahmen der »Pol. Soz. Par.« in Belgien mehr Freiheit geben als in Amerika. Doch auch hier ist es genau umgekehrt, in Amerika haben wir eine Republik, in Belgien ein Königreich; in Amerika die nach der Schweiz größte Freiheit in der Welt, in Belgien jedoch haben die Arbeiter erst vor einem Jahr die Teilnahme an der Gesetzgebung errungen. Es zeigt sich also, daß die Berechnungen der Sozialpatrioten in Wirklichkeit sich überhaupt nicht bestätigen. Die Freiheit in jedem Land hängt nicht bloß von der Stärke der Arbeiterklasse oder der entwickelten Industrie ab.

Aber, so werdet ihr mir jetzt antworten, wenn die Freiheit nicht abhängt von der Arbeiterkraft, dann folgt doch daraus, daß die Freiheit der Arbeiter nicht von ihren Kämpfen abhängt. Nein, das folgt über-

haupt nicht aus unseren Beispielen. Ja, die Freiheit für sich selbst erringen die Arbeiter nur durch den Kampf, denn dort, wo sie nicht kämpfen, dort haben sie auch nichts. Doch wieviel Freiheit sie erringen und wie schnell – das hängt nicht alleine von ihren eigenen Kräften ab.

Wir werden das gleich an einem Beispiel sehen. Die Bauern zum Beispiel arbeiten alle gleich schwer auf ihren Feldern, und doch haben sie nicht auf jedem Feld denselben Ertrag. Hier wird mehr Getreide geerntet, dort weniger. Folgt daraus etwa, daß das Getreide nicht durch des Bauern Arbeit erzeugt wird? Selbstverständlich wird das Getreide durch die Arbeit hervorgebracht. Doch ob diese Arbeit auch segensreiche Wirkung erzielt, das hängt noch von vielen Umständen ab – davon, ob der Bauer Kapital, ob er Vieh, ob er Dünger hat, vom Wetter, vom Boden usw.

So ist es auch mit dem Arbeiterkampf für die Freiheit bestellt. Deswegen Wirkung hängt nicht alleine von der Stärke der Arbeiter und vom Wachstum der Industrie ab, sondern auch von tausend anderen Umständen, die in jedem Staat andere sein können. In England zum Beispiel war im Kampf der Arbeiter für die Freiheit die Tatsache hilfreich, daß Adel und Fabrikanten fortwährend im Streit lagen, und bekanntlich nützt es dem Dritten, wenn zwei sich streiten.

In der Schweiz nun wiederum wurde das Erreichen umfassender Freiheiten dadurch erleichtert, daß das Bergland sich aus einzelnen Kleinstaaten zusammensetzt und eine einzige starke Regierung sich nicht bilden konnte. Wir werden hier aus Platzgründen keine weiteren Beispiele aufzählen. Doch genau solche verschiedenen Umstände spielen im Arbeiterkampf in jedem Land eine Rolle.

Wir sehen also, daß bereits die ersten Worte der »Poln. Soz. Par.« unrichtig sind. Die Freiheit in jedem Land hängt nicht nur von der Entwicklung der Industrie und der Arbeiterklasse ab, sondern auch von verschiedenen, anderen Umständen.

Und so wird jeder verstehen, daß heute alle Annahmen darüber, welche Freiheit es einst im polnischen Staat geben würde, nicht den geringsten Wert besitzen.

Kann uns jemand beispielsweise sagen, wie stark der Adel, wie stark die Fabrikanten dort sein würden? Auf welcher Seite würde das

Kleinbürgertum stehen, auf unserer oder auf der Regierungsseite? Wie würden sich die benachbarten Mächte unserem Kampf gegenüber verhalten – würden sie uns hindern oder uns gewähren lassen? Wie würde sich in einem unabhängigen Polen unser Bauerntum verhalten, würde es mit uns gehen oder gegen uns?

Wer auf der Welt könnte heute ein solcher Prophet sein, der uns alles das von vornherein erklärte? Nein, selbst die Herren Sozialpatrioten können dazu nichts sagen! Doch wie können wir in diesem Falle wissen, wieviel Freiheit wir im unabhängigen Polen besitzen würden? Klar, daß das Verdummung ist. Jedem, der uns die Freiheit im unabhängigen Polen anpreisen wird, können wir mutig entgegenen: Du kannst über diese Freiheit genauso viel wissen wie über den Mond. Wir wissen nur eins: In einem unabhängigen Polen wird es – so wie überall – die gleiche, den Arbeitern feindliche Regierung der Kapitalisten geben. Und wieviel Freiheit wir dort erkämpfen könnten, das weiß niemand und kann keiner voraussagen.

Gut, könnte mir nun jemand bereitwillig antworten, man könne nicht vorhersehen, wie unser Arbeiterkampf und unsere Freiheit in einem unabhängigen Polen aussehen werden. Doch immerhin, es sei denn, es gäbe dort sonstwas für Umstände, werde es uns doch dort besser gehen, da, wo die Arbeiterklasse stärker und das ganze Volk zivilisierter sei. Und in einem unabhängigen Polen werde die Arbeiterklasse weit stärker sein als sie es jetzt in Rußland ist. Zumindest sagt das die »Polnische Sozialistische Partei«.

Sogar hier kein einziges wahres Wort. Oder ist es etwa wahr, daß es in Polen eine größere Arbeiterklasse geben werde als in Rußland? Natürlich, entgegenen die Sozialpatrioten; in Rußland gibt es schließlich zusammengenommen zwei Millionen Industriearbeiter auf 100 Millionen Einwohner, bei uns aber eine Million bei einem Zehn-Millionen-Volk.

Aber, aber, meine Herren, wo gibt es denn die eine Million städtischer Arbeiter? Bei uns etwa, im Königreich Polen? Das stimmt doch gar nicht! Solche Dinge können den Arbeitern nur diejenigen erzählen, die denken: ach, der dumme Arbeiter wird alles schlucken.

Nach der letzten Zusammenstellung gibt es, die Fabrik- und Grubenarbeiter zusammengezählt, bei uns im Königreich höchstens 170.000 Arbeiter.³ Oder habt ihr gar noch die Handwerker hinzugezählt? Auch dann hättet ihr eine falsche Rechnung gemacht, denn ihr habt die Handwerker und Arbeiter der Hausindustrie in Rußland, die einige Millionen ausmachen, nicht mitgezählt, vergleicht aber die unsrigen lediglich mit den in der Fabrik arbeitenden Menschen in Rußland. Doch gut, nehmen wir auch die polnischen Handwerker in die Rechnung auf, dann erhalten wir in den Städten höchstens 370.000 Arbeiter, aber doch längst keine Million!

Wir sehen also, die Zahlen und die Beweise der Sozialpatrioten sind völlig falsch. Entweder wissen sie selber nicht, was bei uns im Lande vorgeht, dann aber sollten sie die Arbeiter nicht belehren, oder sie wissen es, dann sollten sie nicht betrügen.

Aber das ist noch nicht alles. Wir wissen nun, wie viele Arbeiter wir in unserem Königreich Polen haben, aber wir wissen nicht, wie viele es in einem unabhängigen Polen sein würden.

Denn an das unabhängige Polen wollen die Sozialpatrioten auch Galizien und Posen, dazu noch Litauen und Ruthenien angliedern. Was für ein Staat soll aus all diesen Gebieten entstehen und was für eine Arbeiterklasse würde es in ihm geben? Das nämlich sagen uns die Sozialpatrioten nicht, also zählen wir uns das einmal selbst zusammen. Es ist bekannt, daß in Galizien und im Posenschen die Industrie sehr schwach entwickelt ist. In ganz Galizien gibt es lediglich einige Bergwerke und Fabriken, der Rest besteht aus kleinen Handwerkern und Bauern. Im Posenschen praktisch dasselbe. Die Arbeiterklasse ist dort ganz schwach. Der Adel herrscht uneingeschränkt, die Priester halten das Volk nahezu in völliger Rückständigkeit. Richtig, Posen und Galizien haben eine Verfassung und beträchtliche politische Freiheit. Aber

3 Fabrikarbeiter haben wir ungefähr 11.000, Bergleute aber 23.000. So im amtlichen Bericht über die Fabrikindustrie in Rußland für das Jahr 1891 und in der Darstellung des Bergbaus, die auf der letzten Amerikaausstellung ausgegeben wurde. Dazu muß man etwa 1.000 Arbeiter hinzuzählen, die nicht in dem amtlichen Bericht aufgenommen wurden. Wenn wir zusammen also rund 170.000 nehmen, ist das vollkommen ausreichend.

diese Freiheit haben sie nur deshalb, weil es die Verfassung für ganz Deutschland und ganz Österreich gibt, wodurch auch die zu ihnen gehörenden polnischen Gebiete die Freiheit erhielten. Weiter, auch Litauen und Ruthenien sind Agrarländer. Dort gibt es eigentlich weder Industrie noch eine starke Arbeiterklasse. Handwerk und Kleinbürgertum, daneben Landadel und Bauern, das ist eigentlich alles, was es in Litauen und Ruthenien gibt.

Aus solchen Ländern nun würde sich jenes Polen zusammenfügen, welches uns die Sozialpatrioten anpreisen. Wo steckt nun die ganze große Zivilisation, wo steckt nun die starke Arbeiterklasse, die viel weiter entwickelte Industrie, die uns die Sozialpatrioten beschrieben haben? Das löst sich alles im Nichts auf!

Wenn man dieses Polen so nimmt, wie es dann tatsächlich wäre, so sehen wir vor allem ein Agrarland, in welchem innerhalb der herrschenden Klasse der Adel und innerhalb der arbeitenden Klasse die Bauern sowie das Kleinbürgertum vorherrschten. Fabrikarbeiter gäbe es höchstens eine halbe Million⁴ bei einer Bevölkerung von 36 Millionen, also ungefähr das gleiche Verhältnis wie im heutigen Rußland, eher sogar noch weniger.

So zeigt sich uns, daß der ganze Vergleich des unabhängigen Polens mit Rußland, so wie ihn die Sozialpatrioten anstellen, falsch ist. Sie beschreiben Polen falsch, was wir bereits aufzeigten, sie beschreiben Rußland falsch, was wir am Schluß dieses Buches zeigen werden.

Unterdessen haben wir uns also überzeugen können, daß die Beweisführung über die Freiheit im unabhängigen Polen doppelt falsch ist, denn erstens kann überhaupt niemand im voraus berechnen, wie die Freiheit in einem Staat sein wird, den es noch gar nicht gibt, und zweitens sind die Vorausberechnungen, die die »Polnische Sozialistische Partei« macht, ganz illusorisch und fehlerhaft.

Zum Schluß wollen wir jetzt noch eine weitere Sache anführen. In anderen Staaten kommt es auch vor, daß einer fremden Regierung ein Land mit einer anderen Nationalität, dazu noch ein sehr zivilisiertes

4 Faktisch gibt es in all diesen Ländern, die die Sozialpatrioten zusammenfügen wollen, weitaus weniger als eine halbe Million Arbeiter.

Land mit einer starken Arbeiterklasse, untersteht. So gehört Böhmen zu Österreich und ist eines der am meisten industrialisierten und zivilisierten Länder in ganz Österreich. Und die österreichische Regierung verfolgt die Tschechen und versucht gar, sie einzudeutschen. Doch meint ihr nun, die dortigen bewußten Arbeiter würden die Wiederherstellung des tschechischen Staats verlangen? Meint ihr nun, sie berechneten, wieviel mehr Freiheit sie in einem unabhängigen tschechischen Staat als unter der österreichischen Regierung hätten? Nicht im entferntesten! Mit so einem ungereimten Zeug befassen die sich überhaupt nicht, sonder sie kämpfen mit allen anderen Arbeitern Österreichs zusammen ganz einfach um die größtmögliche Freiheit unter der österreichischen Regierung.

Genauso handeln alle Arbeiter. Sie begreifen eben, daß es Dummheit ist, zu kalkulieren, wie es in einem Staat sein würde, den es gar nicht gibt. Deshalb fordern Arbeiter-Sozialisten nicht die Schaffung neuer Staaten. Alle Arbeiter kämpfen lediglich für die Freiheit gegen diejenige Regierung, welche über sie herrscht, und in dem Staate, in dem sie leben.

So brauchen auch wir den Versprechungen einer besseren Freiheit im unabhängigen Polen keinen Glauben zu schenken.

Wir sagten bereits und wiederholen es noch einmal, denn jeder Arbeiter sollte es sich gut merken:

Über ein unabhängiges Polen können wir nur eines sagen: Es wäre der gleiche kapitalistische Staat wie alle anderen auch. Und ob es dort größere Freiheit gäbe als es sie irgendwann in Rußland geben wird, das kann keiner voraussagen. Obwohl wir ganz so gerechnet haben wie die Sozialpatrioten, zeigt sich schließlich, daß deren Zahlen verkehrt sind, deren Darstellung Polens also eine Lüge ist.

IV

Ist die Wiederherstellung Polens möglich?

Ist sie möglich? Warum, fragt ihr, sich noch einmal damit befassen? Schließlich wissen wir doch bereits, daß wir von einer Wiederherstellung Polens nichts zu erwarten haben, was also geht uns an, ob man es wiederherstellen kann oder nicht?

Allerdings sollte es uns etwas angehen. Wir sagten am Beginn unseres Buches, daß jedes Ding gründlich, von allen Seiten untersucht gehört. Wir versprachen auch, an das unabhängige Polen drei Fragen zu richten:

Erstens: Könnte es uns völlig aus dem Elend und von der Unterdrückung erlösen?

Zweitens: Könnte es uns mehr Freiheit zusichern als eine Konstitution?

Drittens: Wären wir in der Lage, ein unabhängiges Polen wiederherzustellen?

Die ersten beiden Fragen haben wir bereits genau erörtert. Nun werden wir uns zum Schluß mit der dritten befassen. Und diese Frage ist eigentlich die wichtigste. Denn wenn die Wiederherstellung des unabhängigen Polens unmöglich ist, dann können wir auch gar nicht danach streben, sollte sie uns auch sonstwie angepriesen werden.

Also: Sind wir in der Lage, ein unabhängiges Polen wiederherzustellen?

Diese Frage läßt sich nicht sofort und übereilt beantworten. Zuerst müssen wir uns fragen, welche Kräfte wir dann gegen uns hätten und ob wir ihnen gewachsen wären.

Gegen uns hätten wir natürlich die russische Regierung. Eine Regierung, die überhaupt nicht daran denkt, unser Land aus ihrer Herrschaft zu entlassen. Wir haben gesehen, wie grausam sie sich 1831 und 1863 an den Aufständischen rächte, dafür, daß sie Polen abtrennen wollten. Bekanntermaßen möchte jede der jetzigen Regierungen so viele Länder wie möglich unter ihrer Herrschaft halten, denn von dort fließen ihr Steuern zu, und das Militär wird größer, ihre Bedeutung im Vergleich

zu anderen Regierungen nimmt zu. Deshalb führen alle Regierungen Krieg gegeneinander, denn jede möchte der anderen Land streitig machen.

Doch nicht nur die russische Regierung ist ein Gegner der Abtrennung Polens von Rußland. Dagegen sind auch unsere polnischen Kapitalisten – die Fabrikanten, Werkstattbesitzer, Kaufleute, Bankiers usw. Gleich werden wir sehen, aus welchem Grund.

Was ist das heiligste, das allerwichtigste Ding für jeden Kapitalisten, zum Beispiel für den Fabrikanten? Natürlich sich zu bereichern. Und auf welche Weise bereichert sich ein Fabrikant? Nun, das ist uns Arbeitern nur zu gut bekannt. Er bereichert sich dadurch, daß er unsere Arbeit ausplündert, die er dann später mit der Ware verkauft. Könnte der Fabrikant sich bereichern, wenn er die durch uns hergestellten Waren nicht verkaufte? Selbstverständlich nicht, er würde sogar auch das noch verlieren, was er bereits besaß. Das sehen wir jedes Mal in den Krisenzeiten. Sobald den Fabrikanten die Ware in den Lagern überquillt und die Bestellungen ausbleiben, haben sie große Verluste und wollen nicht weiter produzieren. Sie entlassen die Arbeiter oder beschäftigen sie nur wenige Tage in der Woche. Mit einem Wort, die Grundlage für den Fabrikanten ist der Verkauf der Waren, denn ansonsten zieht er aus der ganzen Ausbeutung keinen Gewinn. Deshalb streiten sich die Fabrikanten auf der ganzen Welt darum, wer wohin seine Waren schicken kann, und aus diesem Grunde führen häufig die Regierungen für sie die Kriege.

Unsere polnischen Kapitalisten haben mit Rußland eine sehr günstige Gelegenheit. Nach Rußland können sie ihre Waren schicken und unsere blutige Arbeit zu Geld machen. Rußland hat eine riesengroße Bevölkerung und benötigt viele Waren, die Regierung aber erläßt, um es ihren eigenen sowie unseren Ausbeutern recht zu machen, hohe Zölle und läßt keine Waren aus dem Ausland hinein.

Nach Rußland wird mehr als die Hälfte aller bei uns hergestellten Fabrikwaren verkauft. So schicken die Fabrikanten aus Łódź ihre Woll- und Baumwollstoffe nach Rußland, unsere Bergwerke aus dem Dąbrowa-Kohlebecken schicken Kohle und Eisen nach Rußland, die Werkstattbesitzer aus Warschau verschicken ihre Produkte nach Ruß-

land – Schuhe, Handschuhe usw. Durch die russischen Märkte entwickelt sich bei uns die Industrie und erhalten unsere Ausbeuter die Möglichkeit, mit unserer Arbeit ein Millionenvermögen zu machen. Unsere ganze große Industrie hat sich erst seit 30 Jahren entwickelt, als unsere Fabrikanten die Möglichkeit erhielten, große Warenmengen nach Rußland zu schicken.

Mit den Fabrikanten gewinnen auch die Kaufleute und Bankiers, denn wo viel hergestellt und transportiert wird, gibt es großen Handel und Kredite, womit Kaufleute und Bankiers große Geschäfte tätigen. Also können auch sie sich einen Teil der Ausbeutung einverleiben, den die Fabrikanten aus uns, den Arbeitern, herausquetschen. Und schließlich gewinnen teilweise sogar die Gutsbesitzer daran, denn sie verdienen durch die Fabriken. Die Fabrikanten stellen Zucker her, also kann der Gutsbesitzer seine Rüben verkaufen; andere brennen Schnaps, also kann der Landbürger Kartoffeln und Getreide veräußern; wiederum andere stellen Wollsachen her, also züchtet der Gutsbesitzer mit Gewinn Schafe. Schließlich gewinnen auch die Werkstattbesitzer der Kleinindustrie in jenen Zweigen, wo die Konkurrenz der Fabriken wegfällt. Und wenn Fabrikanten, Kaufleute und Bankiers sich im Lande bereichern, so finden auch Kutscher, Schreiner und Müller Beschäftigung. Dadurch haben die kleinen Meister wiederum Beschäftigung für ihre Arbeiter und schlagen, deren Arbeit ausbeutend, ein Vermögen daraus. Mit einem Wort, die gesamte Klasse jener Blutsauger, die von unserer Hände Arbeit leben, die sich einer mit dem anderen wie Polypen zusammenklauben, hat die Möglichkeit, sich durch den russischen Markt zu bereichern.

Nun verstehen wir bereits, weshalb unsere Kapitalisten gegen die Abspaltung von Rußland sind. Die Abspaltung von Rußland würde ihnen die Möglichkeit rauben, solche Warenmassen zu verkaufen und herzustellen, sich dadurch in einem solchen Maß durch die Ausbeutung unserer Arbeit zu bereichern. Für die Kapitalisten ist auf der ganzen Welt nichts so wertvoll wie der Absatz der Waren und die Möglichkeit, sich zu bereichern.⁵

5 Die Sozialpatrioten sagen, die Regierung verfolge unsere Industrie und störe

Einverstanden, antwortet ihr mir nun. Die Kapitalisten halten zu Rußland und wollen nichts hören von einer Wiederherstellung Polens. Genau wie die russische Regierung nicht. Doch jedes Volk setzt sich außer aus Fabrikanten und Arbeitern auch noch aus anderen Menschen zusammen. So gibt es in jedem Land zum Beispiel ein ziemlich großes Kleinbürgertum, es gibt Bauern, Gutsbesitzer. Diese Menschen zusammen, stellen auch eine Kraft dar. Vielleicht wollen sie für ein unabhängiges Polen streiten? Gut, sprechen wir auch über diese Menschen.

Also, sagt ihr, zuerst das Kleinbürgertum. Wie verhält es sich zur Wiederherstellung Polens? Erstens hatten wir bereits gesagt, daß ein großer Teil des Kleinbürgertums, die Werkstattbesitzer und Kaufleute, genauso Nutzen aus dem russischen Markt zieht und dadurch sein Kapital vergrößert wie die Fabrikanten. Dieser Teil also hält zu Rußland und möchte deshalb die Abtrennung nicht.

Doch der Rest der Handwerksmeister, der Kaufleute, der Krämer? Es gibt doch auch Werkstattbesitzer, die an Rußland überhaupt nichts gewinnen, da sie ihre Waren nicht dorthin schicken können. Ja, die verlieren dadurch, daß unser Land zu Rußland gehört. Wenn nämlich bei uns durch die große Nachfrage aus Rußland die großen Fabriken wachsen, die Maschinenindustrie wächst, dann wird es für die Handwerksmeister immer schwerer, der Konkurrenz mit den billigen Fabrikprodukten standzuhalten. Und was sagen eben diese Werkstattbesitzer und Kleinhändler, die durch die Konkurrenz von Fabriken und Großhandel ruiniert werden? Klar, die wollen vielleicht Polen von Rußland abtrennen, um die Fabriken und die Industrie loszuwerden. Die wären vielleicht im Falle eines Falles für ein unabhängiges Polen. Doch was bedeutet das schon, da nun gerade diese bankrottgehenden Werkstattbesitzer und Kleinhändler in der Gesellschaft keine Kraft darstellen.

unsere Kapitalisten dabei, sich zu bereichern. Sie kolportieren auch was über irgendwelche Eisenbahntarife, die durch die Regierung angeblich zum Schaden unserer Industrie eingeführt wurden. Nun solltet ihr wissen, daß darin genau so viel Wahrheit enthalten ist, wie in der einen Million polnischer Arbeiter. Die Zarenregierung unterstützt alle Fellabzieher und Ausbeuter, egal ob russische oder polnische. Und auch unsere Industrie wächst von Jahr zu Jahr wie Hefe.

Es ist einfach ihr Schicksal im Kapitalismus, daß sie durch das große Kapital niedergerungen werden und dagegen nichts machen können. Alle ihre gegen die Großindustrie gerichteten Bemühungen sind in den Wind geredet.

Wir sehen also, daß das Kleinbürgertum teilweise zusammen mit den Fabrikanten an Rußland festhält, im anderen Teil keine Kraft hat und selbst dem Untergang geweiht ist.

Jetzt aber gehen wir weiter – zu den Bauern. Was nun die Bauern betrifft, so können die Patrioten an ihnen auch keine rechte Freude haben. Unser Bauer ist gegenwärtig zurückgeblieben, sitzt auf seiner Scholle, denkt nur an sein Haus und überhaupt nicht an Politik. Was das unabhängige Polen betrifft, so erinnert er sich nur zu gut an die polnischen Knuten aus der Zeit der Hörigkeit, so daß er an die Erlösung durch eine bloße Nationalregierung nicht recht glauben mag. Wenn der Bauer sich aber zu bilden beginnt und sich zum Kampf anschicken wird, dann wird er anderen Zielen als der Wiederherstellung Polens entgegenstreben. Kein Interesse verbindet ihn mit einem unabhängigen Polen. Seinen Boden verliert der Bauer heute in allen Staaten, und davor wird ihn auch kein Polen bewahren können. Auch wenn ihm die Sozialpatrioten in einem unabhängigen Polen die größten Erleichterungen versprechen, so hält der Bauer am wenigsten etwas von Phantastereien und leeren Versprechungen, glaubt der Bauer doch nur an das, was er in den eigenen Händen hält. Also sind auch die Bauern nicht auf der Seite der Wiederherstellung eines unabhängigen Polens.

Über wen haben wir noch zu sprechen? Über die Gutsbesitzer. Was nun die Gutsbesitzer angeht, so haben wir bereits zum Teil gesagt, daß sie vom Wachstum der Industrie und vom Warenabsatz nach Rußland profitieren.

Doch gibt es schon wieder kluge Leute, die da verkünden, daß schließlich aus Rußland Getreide eingeführt werde und unsere Gutsbesitzer ebenfalls Getreide verkaufen möchten. Und wenn ihm nun das russische Getreide Konkurrenz mache, sollte dann der Gutsbesitzer sich nicht von Rußland losreißen und ein unabhängiges Polen aufbauen wollen, damit er die Konkurrenz loswerde? Sollte jemand eine solche Rechnung aufmachen, so sagt ihm, daß er Dummheiten zum

Besten gibt. Auch aus diesem albernen Kalkül folgt nichts. Verlören die Gutsbesitzer in einem unabhängigen Polen ihre Konkurrenz? Denn schließlich würde sich dieses unabhängige Polen aus lauter Agrarländern zusammensetzen – Galizien, Posen, Litauen und Ruthenien, und unsere Gutsbesitzer kämen vom Regen in die Traufe. Selbst wenn man sich auf solche Rechnung einließe, ist schnell zu erkennen, daß auch die Gutsbesitzer keinerlei Interesse an einer Wiederherstellung Polens haben.

Wir sehen also, daß bei uns hinter der Wiederherstellung Polens keine stärkere und bedeutendere Bevölkerungsklasse steht: weder das Kleinbürgertum noch die Bauern, auch nicht die Gutsbesitzer. Gegen die Wiederherstellung Polens ist aber die stärkste Klasse – die der Kapitalisten.

Sollten wir folglich einen unabhängigen polnischen Staat wiederherstellen wollen, so hätten wir gegen uns die russische Regierung und unsere Kapitalistenklasse. Wir müßten unser Land aus eigenen Kräften von der russischen Regierung befreien und damit unseren Kapitalisten die Möglichkeit nehmen, sich durch den russischen Markt zu bereichern. Jetzt erst können wir die Frage beantworten, ob wir, die Arbeiter, in der Lage wären, ein unabhängiges Polen wiederherzustellen? Jeder vernünftige Arbeiter muß sofort mit einem Nein antworten.

Und in Bezug auf die russische Regierung, so haben wir von ihr bisher noch nicht einmal die kleinsten Rechte und Freiheiten erkämpfen können, sollen aber über die völlige Beseitigung ihrer Herrschaft reden!

Die Sozialpatrioten schlußfolgern nun so: Da wir von der russischen Regierung keine gute Konstitution erlangen können, werfen wir sie einfach ganz aus unserem Land hinaus. Das wäre ganz so, als wenn jemand sagen würde, ich kann bisher nirgends einen einzigen Złoty erbeuten, muß deshalb nun versuchen, gleich an einhundert Rubel zu gelangen. Wenn wir nicht in der Lage sind, eine gute Konstitution zu erkämpfen, wie die Sozialpatrioten meinen, so werden wir noch weniger in der Lage sein, die Regierung völlig loszuwerden. Die Konstitution, das ist lediglich ein Nachgeben der Regierung, die jedoch an der Macht und in Polen bleibt. Ein unabhängiges Polen, das ist der völlige

Sturz der russischen Regierung in unserem Land. Wenn das russische Volk, wie die Sozialpatrioten sagen, uns im Kampf um die Konstitution, die ihm selbst bitter nötig ist, nicht helfe, so würde es uns aber doch noch weniger bei der Befreiung Polens helfen. Mit einem Wort, die Beweisführung der Sozialpatrioten widerspricht sich selbst: Wenn wir nicht imstande sind, eine Konstitution zu erreichen, dann werden wir hundertmal weniger Kräfte haben für einen vollständigen Sieg über die Regierung.

In Bezug auf unsere Kapitalisten, so sind wir heute unter großer Mühe gerade einmal in der Lage, eine gewisse Lohnerhöhung und Kürzung des Arbeitstages zu erreichen, für die Wiederherstellung Polens wäre es aber nötig, deren ganzen heutigen Reichtum und die Ausbeutung zu vernichten!

Als wir darüber sprachen, ob das Elend im unabhängigen Polen verschwände, erfuhren wir, daß das unabhängige Polen genau das gleiche Kapitalisten- und Ausbeuterland bleiben würde wie heute. Wir sprachen darüber nur für den Fall, falls wie durch ein Wunder ein Polnischer Staat entstünde, so als ob die Interessen des Kapitalismus dem gar nicht widersprächen.

In Wirklichkeit kann ein solcher heute gar nicht entstehen, weil die Lostrennung von Rußland den Interessen unserer Ausbeuter widerspricht, weil die Kapitalisten ihrer Interessen wegen zu Rußland halten. Es ist aber wahr, einige Sozialpatrioten versprechen dafür im unabhängigen Polen andere Absatzmärkte – in Galizien und in Posen. Die Armen, sie versuchen, wo sie nur können, es allen recht zu machen: uns, den Arbeitern, versprechen sie größere Freiheit, unseren Feinden aber, den Kapitalisten, eine gute Möglichkeit uns auszubeuten! Doch unsere Kapitalisten sind gar nicht so dumm. Sie sagen sich, »besser einen Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach«. Da sie den Spatz in der Hand halten, die russischen Märkte nämlich, werden sie sich hüten, diesen gegen galizische Verheißungen einzutauschen. Und so klammern sie sich mit Händen und Füßen an Rußland. Für die Wiederherstellung Polens müßten wir sie mit Macht von diesem Fleischtopf wegreißen, also die Kapitalisten am wichtigsten Punkt bezwingen, an der Möglichkeit zur umfassenden Ausbeutung.

Doch wozu hier darüber reden! Schließlich versuchen die Arbeiter in allen Ländern, die Kapitalisten zu besiegen, die Regierungen zu stürzen und die Macht in die eigenen Hände zu nehmen. Warum schaffen sie es nicht? Weil sie nämlich noch nicht über die dafür nötige Kraft verfügen, weil sie noch zu schwach sind. Doch im Ausland sind die Arbeiter unvergleichlich bewußter, weitaus besser organisiert und stärker als wir. Wenn die aber nicht imstande sind, über das Schicksal ihres Landes zu bestimmen, dann sind wir es doch wohl hundertmal weniger. Wir können uns überhaupt nicht messen mit der Stärke der deutschen, französischen, englischen und amerikanischen Arbeiter. Wir können derzeit auch überhaupt nicht davon träumen, als wären wir in der Lage, die russische Regierung, die über uns herrscht, loszuwerden und die Kapitalisten in deren wichtigster Angelegenheit zu besiegen. Wer uns einredet, wir seien stark genug, um das zu tun, der betrügt uns. Und wer von den Arbeitern daran glaubt, der betrügt sich selbst.

Doch könntet ihr mir nun entgegnen, wir seien lediglich jetzt zu schwach. In wenigen oder einigen Jahren könnten wir genügend Kräfte gewonnen haben, so daß wir in der Lage wären, den Kapitalismus zu besiegen und Polen von der russischen Herrschaft zu befreien.

Einverstanden. Es kommt ganz bestimmt die Zeit, in der die Arbeiter in jedem Land am stärksten sein werden und über alles selbst bestimmen werden. Doch sollten wir dann, meine Freunde, einen polnischen Staat nötig haben? Wenn wir so mächtig sein werden, daß wir unser Land aus eigener Kraft von der russischen Regierung und gegen den Willen der Kapitalisten befreien können, bedeutet das doch, daß wir die stärkste Kraft im Lande sein werden. Und wenn wir die stärkste Kraft sind, werden wir in der Lage sein, eine solche Ordnung einzuführen, die uns gefällt. Das ist doch ganz einfach. Wenn wir den Kapitalisten die für sie wichtigste Sache, die Märkte, auf denen sie heute ihre Waren absetzen, wegnehmen können, dann werden wir ihnen auch die Fabriken und Werkstätten wegnehmen können. Anstatt ihnen im unabhängigen Polen zum Ausgleich andere Absatzmärkte anzubieten, könnten wir sie selbst loswerden und die Möglichkeit, Waren zu verkaufen und uns auszubeuten. Und wenn wir entsprechend stark genug sein werden, um die russische Regierung zu vertreiben, so wären wir

auch in der Lage, eine polnische zu vertreiben. Denn egal, ob unsere Beamten russisch oder polnisch sprechen, es bedarf immer der gleichen Anstrengung, um ihre Herrschaft loszuwerden. Doch wozu werden wir uns in einem solchen Falle überhaupt erst eine polnische Regierung und einen polnischen Staat auf den Hals laden?

Über genügend Kräfte verfügend, um den Willen der Kapitalisten besiegen und sich die russische Regierung vom Halse schaffen zu können, wäre es klug genug, sich den Rücken frei zu halten und sowohl Regierung als auch Ausbeutung zu vernichten und den Sozialismus einzuführen. Im Sozialismus gibt es keinen Staat, denn keiner herrscht über den anderen – es gibt Gleichheit und Brüderlichkeit. Im Sozialismus gibt es keine Regierung, denn niemand wird den anderen unterdrücken, es herrscht eine völlige Freiheit. Diese Ordnung führen wir ein, wenn wir denn stark genug sein werden, um die Kapitalisten zu besiegen und das Land von der russischen Herrschaft zu befreien.

Also nun: Sind wir heute in der Lage, den polnischen Staat und die polnische Regierung wiederherzustellen?

Nein, dazu sind wir heute nicht in der Lage! Aber was wird, wenn wir einmal stark genug sein werden?

Auch dann werden wir den polnischen Staat nicht wiederherstellen. Dann werden wir den Sozialismus aufbauen und alle Regierungen und Staaten zum Teufel schicken.

Wir sind ans Ende unserer Betrachtung gelangt. Wir haben uns alle Seiten eines unabhängigen Polens angeschaut, und von allen Seiten her hat sich gezeigt, daß die Arbeiter von ihm nichts zu erwarten hätten.

Nicht zum ersten Mal fordert man das polnische Volk auf, ein unabhängiges Polen wiederherzustellen.

Nicht zum ersten Mal verspricht man dem polnischen Volk goldene Berge - nach der Wiederherstellung Polens. Vor jedem Aufstand lockt man das polnische Volk, um den russischen Bajonetten die Stirn zu bieten.

Die von damals waren allerdings gewöhnliche Adlige. Ihnen ging es nur darum, zu den alten Zeiten zurückzukehren, als der Adel noch allein und allmächtig über Land und Volk herrschte, über sich keine Regierung kannte. Die damaligen Patrioten nannten sich nämlich nicht Sozialisten und Freunde der Arbeiterbefreiung.

Doch das polnische Volk lernte schnell die falschen Fuffziger kennen und antwortete den Patrioten: Uns, ihr lieben Herren, werdet ihr nicht bekommen!

Und jetzt gibt es erneut Leute, die sich Sozialisten nennen und dem polnischen Arbeiter wiederum goldene Berge in einem unabhängigen Polen versprechen. Was können sie uns zur Verteidigung des unabhängigen Polens mitteilen?

Können sie uns sagen, daß unser Elend dort verschwinden wird? Nein, denn bekanntlich wird das Elend erst im Sozialismus verschwinden.

Können sie uns sagen, daß dort die Unterdrückung verschwinden wird? Nein, denn die Unterdrückung wird erst zusammen mit dem Elend verschwinden.

Können sie uns sagen, daß es dort mehr Freiheit geben wird als in Rußland unter einer Konstitution? Nein, denn Freiheit kann für einen Staat, den es gar nicht gibt, nicht im voraus berechnet werden.

Können sie uns wenigstens zeigen, wie wir ein unabhängiges Polen wiederherstellen können? Nein, denn das zu tun, sind wir gar nicht in der Lage! Sie können ihre Hoffnungen allenfalls an einen künftigen Krieg Deutschlands mit Rußland knüpfen! Doch von vornherein weiß man, wie ein Krieg ausgehen wird, denn für uns kann nichts anderes herauskommen als höchstens der Wechsel von der russischen zur deutschen Herrschaft.

Auf welcher Grundlage also, mit welchem Recht können Leute, die sich Sozialisten nennen, uns zur Wiederherstellung Polens auffordern? Mit welchem Recht können sie die Arbeiter zu einem Kampf auffordern, der diesen nicht nützen und sein Ziel nicht erreichen wird?

Keinen Nutzen? Ziel nicht erreicht? Zuwenig gesagt! Daß ein Mensch keinen Nutzen hat, besagt bei jemandem, der mit dem Kopf durch die

Wand will, noch gar nichts. Er nimmt dabei Schaden, gewaltigen Schaden!

Arbeiter! Unser Kampf ist schwer und dornenreich. Schlaflose Nächte bereitet uns die Lektüre jeder Broschüre, die Eroberung eines jeden Quentchens Licht! Eine Arbeiterversammlung, eine Kassengründung, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft bringt uns mitunter ganze Wochen und Monate Gefängnis ein. Jeder Streik, jede Maifeier kosten uns viele Wochen, gar Monate Hunger und Arbeitslosigkeit! Und das alles soll vergeblich sein? Denn kämpften wir um ein unabhängiges Polen, wären alle diese Opfer vergeblich, weil wir ein unabhängiges Polen nicht erreichen werden. Mögen sie uns also nicht dazu verleiten, mit dem Kopf durch die Wand gehen zu wollen. Mögen sie uns ein für allemal in Ruhe lassen mit dem unabhängigen Polen. Möge ein jeder ein für allemal verstehen, daß er den polnischen Arbeiter in den Kampf für das unabhängige Polen nicht wird hineinziehen können. Wenn jemand ein wirklicher Sozialist ist, wenn er aufrichtig für die Befreiung der Arbeiterklasse eintritt, dann möge er zu uns kommen, dann möge er auf unserem Arbeiterboden stehen und gemeinsam mit uns für die Konstitution und den Sozialismus kämpfen.

Was können uns darauf unsere Sozialisten-Patrioten und ihre »Polnische Sozialistische Partei« entgegenen? Was bringt uns ein unabhängiges Polen? Wie soll ein unabhängiges Polen wiederhergestellt werden?

Sie wissen lediglich, daß es zwei Millionen russische Arbeiter und bei uns eine Million Arbeiter gibt, daß »der Deutsche gegen den Moskowiter zieht«.

Gut, in einem solchen Falle können die Arbeiter mutig mit den Worten des alten Patrioten Maciek Rózga aus der Erzählung von Mickiewicz antworten⁶:

6 Rosa Luxemburg meint das Versepos „Pan Tadeusz“ (1834) und zitiert aus dem VII. Buch. Hier und im folgenden wiedergegeben nach: Adam Mickiewicz: Pan Tadeusz oder Die letzte Fehde in Litauen. Versepos. Aus dem Polnischen nachgedichtet von Hermann Buddensieg. Berlin und Weimar 1976. [Anmerkung des Übersetzters.]

Wenn ihr außer der Nachricht nichts Bestimmtes
mehr vorbringt,
Warum, aus welchem Grunde: durchtrieben ist dieser Pfaffe!
[...]
Ihr Dummen! O ihr Dummen! O ihr Dummen, ihr!
[...]
Fort jetzt! So wahr ich der Maciej, packt euch und fort
zu Millionen
Hunderttausendtausenden Fuhren, Packwagen, Fässern,
Teufeln!!!...

V

Was ist die Konstitution?

Das unabhängige Polen ist und kann nicht unser Ziel sein. Für was nun aber gegen die Regierung kämpfen, was tun?

Was tun?

»An die Lebenden zu halten, gilt es
Hineinzudrängen ins neue Leben!«⁷

Die Lebenden, die da vorwärts drängen, das sind unsere Genossen – die Arbeiter aller zivilisierten Länder. Während bei uns immer noch die alte Unfreiheit herrscht, herrscht dort für das Volk seit langem das neue Leben. In Frankreich und in Deutschland, in Österreich und in

7 Gedichtzeilen von Adam Asnyk (1838-1897), der selbst Teilnehmer des Januaraufstandes von 1863 war, danach vor allem die Jugend anhielt, zu neuen Ufern aufzubrechen, etwa: An die Jungen (1880), dort: »Jede Epoche hat ihre eigenen Ziele«. In diesem Sinne zitiert Rosa Luxemburg obige Zeilen, die im Original so lauten: »Trzeba z żywimi naprzód iść / Po życie sięgać nowe!«
Sinngemäße Übersetzung hier durch den Übersetzer. Am Ende des Kapitels V werden die beiden Zeilen noch einmal zitiert. Bei Rosa Luxemburg jeweils ohne Quellen- und Namensangaben. [Anmerkung des Übersetzters.]

Italien, in Amerika und Australien, überall hat das Volk bereits Rechte und Freiheit erlangt.

Und, so fragt ihr mich, die Verfolgungen in Italien, die Verhaftungen in Deutschland, die Schüsse in Frankreich? Ja, richtig, wir sagten bereits und wiederholen hier: Nirgends kennt das Volk heute völlige Freiheit. Doch deren Situation und die unsrige – das ist wie Tag und Nacht. Habt ihr über die Zeiten der Hörigkeit bei uns gehört? Erinnert ihr euch an die Peitschenhiebe, die unsere Urgroßväter von ihren Herren bekamen? Erinnert ihr euch an das Schicksal der Mädchen aus dem Volk unter der Leibeigenschaft? Bei diesen Erinnerungen schmerzt die Haut und stehen die Haare zu Berge. Und ein jeder sagt sofort: Heute befinden wir uns zwar in Unfreiheit, aber es ist hundertmal besser als es einst gewesen war. Im Vergleich aber zu dem, was in der ganzen Welt geschieht, befinden wir uns heute noch in der Zeit der Hörigkeit. Und jene unvollständige Freiheit, die es heute in Frankreich und England, in Deutschland und Belgien gibt, diese unvollständige Freiheit ist im Vergleich zu unserer Unfreiheit bereits wie ein halbes Paradies.

Wie aber nun wenigstens diese halbe Freiheit erreichen? Worin besteht der Unterschied? Darin etwa, daß im Ausland eigene nationale Regierungen bestehen und bei uns eine fremde? Nein, nicht darin; ob nun eine eigene oder eine fremde Regierung besteht – da gibt es keinen Unterschied. Aber der Unterschied besteht ganz und gar darin, und das sollten wir uns gut merken, der Unterschied besteht darin, daß es bei uns eine autokratische Regierung gibt, im Ausland aber eine Konstitution. Das ist die Ursache für unsere unermeßliche heutige Unfreiheit.

Denken wir einmal einen Augenblick darüber nach, was die Konstitution eigentlich ist, und worin sich Konstitution und autokratische Regierung unterscheiden. Eine Konstitution gibt es im Ausland eigentlich in allen Ländern. Nehmen wir zum Vergleich mit uns eines heraus – also meinetwegen England.

Wenn bei uns die Arbeiter streiken, die maßlos durch die Fabrikanten ausgebeutet werden, so erscheint die Polizei, verhaftet die Arbeiter und schickt einige von ihnen »aufs Gemeindeamt«. So sieht das unter der autokratischen Regierung aus.

In England finden Streiks von mehreren hunderttausend Arbeitern auf einem Schlag statt. Die Polizei wagt nicht, sich einzumischen, denn in England gibt es ein Streikrecht. So sieht das unter einer Konstitution aus.

Bei uns können sich die Arbeiter vor der Regierung im Kampf mit den Fabrikanten lediglich im Verborgenen sammeln und zusammenschließen. Falls die Polizei eine Arbeiterversammlung, die Gründung einer Widerstandskasse oder eine Gewerkschaft entdeckt, steckt sie uns ins Gefängnis, so wie für ein Verbrechen. So sieht das unter der autokratischen Regierung aus.

Die Arbeiter in England schließen sich offen in gewaltigen Gewerkschaften zusammen, bilden Streikkassen, führen öffentlich gewaltige Versammlungen durch. Denn unter einer Konstitution gilt die allgemeine Versammlungs- und Gewerkschaftsfreiheit.

Wenn bei uns jemand beabsichtigt, offen darüber zu reden bzw. in einem Buch oder einer Zeitung darüber zu schreiben, welches Unrecht den Arbeitern geschieht, so nimmt die Polizei sofort denjenigen fest, der geschrieben hat, auch diejenigen, die es drucken ließen, und diejenigen, die es vielleicht lesen wollten, und die Schrift selbst darf überdies nicht verbreitet werden. So sieht das unter der autokratischen Regierung aus.

In England darf jeder Mensch offen reden und drucken lassen und in der ganzen Welt verbreiten, was er denkt, was ihm gefällt, denn unter einer Konstitution gibt es die allgemeine Meinungs- und Publikationsfreiheit.

Bei uns erlaubt die Regierung dem Menschen nicht einmal, seine eigene Sprache zu sprechen. Sie will allen unbedingt ihre russische Sprache aufzwingen, das Volk aber hat keine Mittel, sich dagegen zu wehren.

Unter einer Konstitution kann man für die Nationalitäten Selbstverwaltung erlangen, so wie heute in Galizien. Obwohl auch ausländische Regierungen versuchen, den ihnen untergebenen Völkern ihre Nationalität zu nehmen, so wie es zum Beispiel die Deutschen, Ungarn, Österreicher tun, so räumt eine Konstitution immerhin die Möglichkeit

ein, sich dagegen zu wehren, offen gegen den Druck auf die Nationalität zu kämpfen.

Bei uns will der Zar sogar, daß ein jeder genau jene Religion annähme, die er befiehlt. Die Regierung verfolgt Katholiken, Juden und Unierte, möchte allen mit Gewalt ihren orthodoxen Glauben aufzwingen. Und noch stärker läßt sie diejenigen verfolgen, die Religion überhaupt nicht anerkennen. So geht es bei der autokratischen Regierung zu. In England ist es jedem erlaubt, so zu glauben wie er es für richtig hält, aber auch, überhaupt an nichts zu glauben, genauso, wie es einem das Gewissen befiehlt. Denn unter einer Konstitution gibt es allgemeine Gewissensfreiheit.

Doch der hauptsächliche, der wichtigste Unterschied besteht darin: Bei uns bestimmt der Zar mit seinen Ministern über alle Angelegenheiten im Lande. Der Zar entscheidet, daß das zu tun im Land erlaubt sei und das eben nicht, der Zar befiehlt, daß jeder von uns soundso viel Steuern zu zahlen habe, der Zar entscheidet, daß die aus dem Volk gepreßten Steuern für das und das ausgegeben werden, der Zar setzt aus unseren blutigen Groschen die Gehälter für seine Minister und Beamten fest, der Zar gibt den Gouverneuren, Polizisten und Gendarmen die Macht über uns. Der Zar ist bei uns Herr über Leben und Tod. Der Zar befiehlt – also sperren sie die Arbeiter in Gefängnisse, verbannen sie nach Sibirien. Der Zar befiehlt – also schießen sie auf die Arbeiter und besudeln ihre Leichen.

So sieht das unter der autokratischen Regierung aus. Im Ausland ist es ganz anders. In einigen Ländern, in Frankreich, in der Schweiz, in Amerika gibt es überhaupt keinen Zaren oder König. Doch auch dort, wo es einen König oder Kaiser gibt, besitzt er nirgends soviel Macht wie bei uns. In Deutschland und England, in Italien und Belgien, in Schweden und in Dänemark kann kein Gesetz ohne die Zustimmung des Volkes erlassen werden. Das Volk wählt aus seiner Mitte einige hundert Menschen, die als gesetzgebende Versammlung, also als Parlament zusammenkommen. Diese Versammlung entscheidet über das gesamte Recht, legt die Steuern fest, der König und die Minister aber müssen darauf hören. Darin besteht die Freiheit in den zivilisierten Ländern, darin der ganze Unterschied.

Nehmt dem Zaren die gesetzgebende Gewalt weg, bestimmt unter euch Menschen für die gesetzgebende Versammlung im Land, setzt im ganzen Land, für jede Stadt und jede Gemeinde die Selbstverwaltung durch, führt das Streik-, das Versammlungs-, das Gewerkschaftsrecht, die Freiheit von Wort, Publikation und Gewissen ein – dann werdet ihr eine umfassende Konstitution haben und erlangt ein neues Leben. Während wir von einem unabhängigen Polen nichts zu erwarten haben, denn ein unabhängiges Polen selbst ist nicht machbar, bringt uns die Konstitution aus dem Dunkel in das Licht, aus der Sklaverei in ein neues Leben. Heute sind wir die Sklaven, die Knechte des Zaren und seiner Beamten. Bei einer umfassenden Konstitution wird bei uns der freimütige Kampf mit der Ausbeutung, mit den Kapitalisten und ihrer Regierung toben. Dann wird uns niemand verbieten, über unser Unrecht zu sprechen und zu schreiben, uns zusammenzuschließen, zu versammeln, zu agitieren. Dann wird sich zeigen, wer stärker sein wird – wir, die Arbeiter, oder unsere Blutsauger, die Kapitalisten. Dann werden wir würdig neben den deutschen, französischen, belgischen Arbeitern stehen. Frei wird bei uns der Kampf toben um bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Wir werden freimütig in jedem Beruf Gewerkschaften mit dem Ziel gründen können, die Ausbeutung zu bekämpfen. Die Konstitution räumt uns die Möglichkeit ein, eine vorläufige Besserung unseres Daseins zu erkämpfen.

Wir werden agitieren können, mit der Rede auf öffentlichen Versammlungen, in Broschüren, in Zeitungen – überall. Laut und mutig werden wir uns zum Sozialismus bekennen, freimütig eine sozialistische Partei gründen und für das Parlament nur unsere besten Arbeiter-Sozialisten auswählen! Die Konstitution räumt uns die Möglichkeit ein, unsere Stärke im Lande ständig zu erhöhen und uns auf jenen Moment vorzubereiten, an dem wir imstande sein werden, die gesamte Macht in unsere Hände zu nehmen und »eine neue Ordnung einzuführen«.

Das wird ein neues Leben, ein bei uns noch nie dagewesenes Leben sein! Also, noch einmal Genossen:

»An die Lebenden zu halten, gilt es
Hineinzudrängen ins neue Leben!“«

VI

Werden wir die Konstitution erkämpfen können?

Nun gut, doch ist das alles überhaupt zu schaffen? Wenn das unabhängige Polen gar nicht machbar ist, warum sollte es uns dann gelingen, eine Konstitution zu erlangen?

Weshalb wir nicht imstande sind, ein unabhängiges Polen wiederherzustellen, haben wir bereits dargelegt. Wir fügen aber einen weiteren Beweis hinzu: Noch nirgends und noch nie hat es das gegeben, daß die Arbeiterklasse auf eigene Faust und gegen den Willen der Kapitalisten einen Staat errichtet hat, nämlich aus dem einfachen Grunde, weil die Arbeiterklasse überall auf die Zerstörung, nicht aber auf die Errichtung des Staates hinwirkt.

Dafür aber haben wir sehr häufig Beispiele, bei denen die Arbeiterklasse von einer autokratischen Regierung die Konstitution erstrotzte. Zunächst erkämpfte sie diese zusammen mit den Kapitalisten, nämlich als die Kapitalisten für ihre Geschäftsinteressen noch eine Konstitution benötigten. Später aber eroberte sie die Freiheit allein für sich, indem sie gegen Regierung und Kapitalisten kämpfte.

Wohin wir auch schauen, überall ist zu sehen, wie Arbeiter die Konstitution erkämpft haben. Wählt ein Land aus, egal welches. Frankreich zum Beispiel, denn in diesem Frankreich, das heute Republik ist, wo es keinen König und weitgehende Freiheit gibt, herrschte vor einhundert Jahren der König genauso allmächtig wie heute bei uns der Zar. Das Volk war niedergetreten, rechtlos, ohne Freiheit, ohne Stimme, ganz so wie wir heute unter dem Zaren. Doch dieses arbeitende Volk stand auf, forderte die Konstitution und die königliche Willkür brach zusammen. Mehrere Male noch warfen die französischen Ausbeuter und Könige sich auf die Nacken der Arbeiter und nahmen ihnen die eroberten Rechte wieder weg. Aber das Volk befreite sich wieder und wieder, eroberte eine immer umfassendere, zunehmend bessere Konstitution, bis es schließlich die Könige ganz los wurde.

Und was geschah in Deutschland? Dasselbe. Bis 1848 herrschten dort allmächtige deutsche Könige und Fürsten, die Arbeiterklasse war völlig

rechtlos – ganz so wie wir heute. Doch in jenem Jahr trat das Volk zum Kampf heraus und erkämpfte die Konstitution und wurde die autokratische Regierung los.

Überall geschah dasselbe. Was sage ich da, es geschah nicht, sondern es geschieht, heute, jetzt, vor unseren Augen. Was geschah soeben in Belgien, im Jahre 1893? Die Arbeiterklasse eroberte sich das Recht, ihre Abgeordneten für das Parlament zu wählen, ein Recht, welches sie vorher nicht besaß. Was geschieht in Österreich, heute, gerade eben? Die Arbeiterklasse kämpft genauso um das Stimmrecht für das Parlament. Und meint ihr, sie wird es nicht erlangen? Die österreichischen Arbeiter zählen nur noch die Tage und Monate bis zum Moment ihres Sieges.

Wir sehen somit, daß die Arbeiterklasse die Konstitution erkämpfen kann. Wenn das französische und das deutsche, das österreichische und das belgische Volk die Autokratie loswerden konnten, dann können wir das auch. Was für jede Arbeiterklasse ohne Ausnahme möglich war, das muß auch für uns möglich sein.

Aber das ist noch nicht alles. Wir verfügen noch über andere, wichtigere Beweise dafür, daß wir der russischen Regierung eine Konstitution werden abringen können. Und diese Beweise müssen wir hier ein wenig genauer bedenken.

Die Zarenregierung herrscht nicht nur über uns, sondern über ganz Rußland. Sie niederzuwerfen haben also nicht nur wir, die polnischen Arbeiter, sondern auch unsere russischen Genossen zu vollbringen. Deshalb ist für uns so wichtig, zu wissen, was in Rußland geschieht.

VII

Was geschieht in Rußland?

Die Polnische Sozialistische Partei schreibt, daß in Rußland völlige Barbarei herrsche, daß das Volk sich dort ganz aus zurückgebliebenen Bauern zusammensetze, die an den Zaren glaubten wie an einen Gott, und dann gebe es nur noch sehr wenige städtische Arbeiter, aber die wenigen, die es gebe, kämpften nicht. Genau aus diesem Grund überre-

den sie uns zur Lostrennung von Rußland, denn in Rußland könne der Zar weiß Gott wie lange noch herrschen und wir allein wüßten uns mit ihm nicht zu helfen. Wir haben bereits gesagt, daß diese Beschreibung Rußlands unwahr ist, und genau das wollen wir jetzt zeigen.

Ja, so wie die »Polnische Sozialistische Partei« es beschreibt, so war Rußland tatsächlich – so vor ungefähr 30 bis 40 Jahren. Heute sind das alte Geschichten, denn in Rußland haben sich die Zeiten wie überall auf der Welt vollkommen geändert.

Nehmen wir zunächst jene zurückgebliebenen Bauern, auf denen der Zar seine Herrschaft stützt. Tatsächlich haben bisher die Bauern der Zarenregierung den Fortbestand gesichert. Jede Regierung kostet heute ungeheuer viel Geld. Die Zarenregierung gibt insbesondere für Militär, Polizei, Gendarmen, Beamte und den Hof jährlich tausend Millionen Rubel aus!

Woher nimmt die Regierung diese gewaltige Summe? Wie jede heutige Regierung preßt sie diese durch die Steuern aus dem Volk. Die russische Regierung preßt nahezu alle Steuern ausschließlich aus dem Bauerntum. Als autokratische Regierung, die alles nach dem eigenen, unbegrenzten Willen verfügt, preßt sie die Steuern ohne Maß und Erbarmen, ohne jede Rücksicht heraus. Es wurde errechnet, daß von dem, was alle Bauern Rußlands zusammengenommen mit ihrer blutigen Arbeit in der Landarbeit erzeugen, die Regierung nahezu alles mit Steuern eintreibt.

In 37 Gouvernements in Rußland sind die Steuern sogar doppelt so hoch, wie der gesamte Verdienst der Bauern aus der Landarbeit.⁸ Um diese fürchterlichen Steuern bezahlen zu können, müssen die Bauern Nebenverdienste suchen in den Fabriken, in der Hausindustrie usw. Aber auch das alles reicht nicht aus, um das gefräßige Regierungsmaul zu stopfen. Auch wenn sie auf dem Feld und in den Fabriken arbeiten, auch wenn sie vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein arbeiten, bleiben die russischen Bauern bei der Regierung und den Wucherern stets bis über die Ohren in Schulden sitzen. Millionen wissen regel-

8 Zusammengenommen gibt es im europäischen Teil 50 russische Gouvernements.

mäßig nicht, womit sie die Steuern bezahlen können, da wartet aber bereits der Steuereintreiber wie ein Henker auf seine gute Seele. Das endet damit, daß die Bauern nach und nach ihre Geräte verkaufen oder die Regierung diese in Zahlung nimmt. Zum Verkauf gelangen also Bekleidung, dazu das Vieh, die Kühe, Pferde, schließlich verschiedene Haus- und landwirtschaftliche Geräte.

Es wurde berechnet, daß im größten Teil Rußlands, dort, wo die Bauern mit Pferden und nicht mit Ochsen pflügen, ein Viertel oder sogar ein Drittel der Bauernwirtschaften bereits überhaupt keine Pferde mehr besitzt. In einigen Orten sogar die Hälfte und mehr. Ebenso steht ein gewaltiger Teil der Wirtschaften ohne die wichtigsten Geräte für die Landwirtschaft da, wie Pflug, Egge usw. Infolgedessen wartet auf die Bauern der völlige Ruin. Der Acker wirft immer weniger ab, die Geräte sind immer schlechter, die Bodenerträge immer geringer. Heute ist die Scholle für den Bauern längst kein Segen mehr, sie ist zum Fluch geworden. Er schafft es gerade, sie zu bestellen, muß dann ihretwegen aber gewaltige Steuern bezahlen. Es verwundert also nicht, daß das Land immer mehr Bauern verdrängt, die in die Städte flüchten. Von denen aber, die auf dem Lande bleiben, bereichert sich ein kleiner Teil auf Kosten der anderen, und der übergroße Teil wird allmählich zum Knecht, lebt so schlecht wie vom Lohn. Und so ist auf dem Lande schließlich ein solches Elend entstanden, aus dem selbst der schrecklichste Zar mit den dicksten Knüppeln keinen Steuergroschen mehr herauspreßt.

Ein solches Bild des Elends sahen wir in Rußland 1891 und 1892. Damals kam es zu schrecklichen Hungersnöten, als ganze Dörfer einem Haufen ausgemergelter Skelette glichen, die um ein Stück Brot bettelten. Das wurde heute durch die Regierungswirtschaft aus den Bauern gemacht!

Was folgt nun daraus? Erstens, daß der russische Bauer heute kein Landwirt mehr ist, aus dem wie aus einem Brunnen dem Zaren unerschöpfliches Gold zufließt. Der heutige russische Bauer ist zum größten Teil ein Habenicht, der nichts zum Beißen hat. Und sollte er noch Land besitzen, dann hat er deshalb für gewöhnlich mehr Schulden als Haare auf dem Kopf. Zweitens folgt daraus, daß der heutige Bauer nicht mehr

der ruhige und demütige Landwirt von einst ist, der an die Regierung wie an einen Gott glaubt. Der heutige Bauer, dem die Steuerexekution das Hab und Gut versteigert, dem die Regierung alles nimmt, der heutige Bauer, ein Habenicht, erkennt so allmählich, wer sein Feind ist. Er überzeugt sich auf Schritt und Tritt, daß die Regierung vor allem seine Feinde unterstützt, den Adel nämlich, und ihn selbst ohne jede Rücksicht und jedes Mitleid ruiniert. Seine Seele brodeln bereits vor Haß auf seine Henker und Blutsauger. Jedes Jahr finden hier und da Prozesse gegen Bauern statt, die Steuerbeamte vom Hofe jagten und verprügeln, die Regierungsärzte verdächtigten, Seuchen zu verbreiten usw. Unzufriedenheit, Mißtrauen und Haß brechen unter der Bauernschaft bald hier, bald dort aus.

Doch das meiste an Vernunft lernt der russische Bauer durch die Städte kennen. Von Land und Pflug fliehend, schleppt er sich in die Stadt, sucht in den Fabriken seinen Broterwerb. Hier, unter den Fabrikarbeitern, ist die Unzufriedenheit mit der Regierung noch größer. Hier treibt die schamlose Ausbeutung der Fabrikanten die Arbeiter zur Verzweiflung und in den Kampf. Doch die Regierung unterdrückt sie auf Schritt und Tritt – ohne Mitleid. Offen und schamlos verteidigt sie die Ausbeuter, verfolgt die Arbeiter. Fast jeder größere Streik endet in Rußland mit einem Blutvergießen, aller paar Monate wandern Dutzende Arbeiter ins Gefängnis.

Der russische Arbeiter erkennt also mit jedem Tag besser, daß die autokratische Regierung sein Todfeind ist, und sehnt sich, ganz wie wir auch, nach der Befreiung.

Was also sehen wir? Wir sehen, daß die Polnische Sozialistische Partei die Unwahrheit sagte. Wir sehen erstens, daß die Zarenregierung die Quelle ihres Unterhalts immer weiter verliert, weiß doch das durch sie ausgezehrte Bauerntum nicht, woher die Steuern nehmen.

Wir sehen zweitens, daß in Rußland die Unzufriedenheit mit der Zarenregierung immer stärker wird, denn der verelendete Bauer fällt vom Elend in die Verzweiflung und von der Verzweiflung in den Aufbruch.

Wir sehen drittens, daß es die ruinierten Bauern in die Städte, in die Fabriken zieht, wodurch die Anzahl der städtischen, der am meisten bewußten und kämpfenden Arbeiter wächst.

Genau das geschieht jetzt in Rußland. Und wenn dann trotzdem jemand meint, die Zarenregierung halte sich mächtig, könne noch unzählige Jahre herrschen, dann versteht dieser jemand entweder gar nichts oder aber er täuscht die Arbeiter.

Eine Regierung, die nicht weiß, woher das Geld für Militär und Beamte nehmen, eine Regierung, die ringsum von ihren Untertanen immer mehr gehaßt wird, eine solche Regierung hält sich nicht lange. Eine solche Regierung muß fallen – wenn nicht heute dann eben morgen!

Wir sehen also, daß von dieser Seite her unser Sieg über die Zarenregierung feststeht.

Während wir also ganz und gar nicht in der Lage sind, ein unabhängiges Polen zu erreichen, so werden wir ohne Zweifel eine Konstitution erreichen. Jedes Jahr und jeder Tag bringt der Zarenregierung den Untergang und uns der Konstitution näher. Wie eine Konstitution im unabhängigen Polen aussehen würde, daß vermag kein Prophet vorherzusagen. Hier aber sehen wir, daß die Wirtschaft der Regierung und die ganze Lage in Rußland uns bereits beste Voraussetzungen für den Kampf um die Konstitution schaffen. Selbst wenn die unsrigen und die russischen Kapitalisten mit der Regierung zusammen gegen die Konstitution wären, so wird es in Rußland zu einer Konstitution kommen, denn die Zarenregierung hat das Land dermaßen ausgezehrt, daß das ganze Land im Elend versinken müßte, würde nicht eine andere Macht errichtet werden. Hier wissen wir, daß die Konstitution so sein wird, wie wir sie selbst erreichen werden. Je bewußter wir sein werden, wir und die russischen Arbeiter, je energischer wir kämpfen werden, desto mehr Rechte und Freiheiten werden wir erreichen.

Wofür kämpfen wir? Das wissen wir klar und fest – für eine Konstitution!

Wird eine Konstitution unsere Lage entscheidend verbessern? Dafür finden wir im Ausland hundertfach Beweise!

Werden wir sie erkämpfen können? Davon zeugen die Beispiele der anderen Länder und die heutige Situation in Rußland.

Kämpfen wir also für die Konstitution. Kämpfen wir selbst und beziehen wir die russischen Arbeiter in den Kampf ein.

Die »Polnische Soz. Partei« verkündet, der russische Arbeiter kämpfe nicht – die »Polnische Soz. Par.« sagt die Unwahrheit. Es gibt eigentlich kaum einen Monat, in dem in Rußland nicht ein Streik ausbricht, mal hier, mal dort, doch die Regierung verbietet, darüber in den Zeitungen eingehend zu schreiben. Es gibt eigentlich kaum einen Monat, in dem nicht mal hier, mal dort Arbeiter-Agitatoren verhaftet werden.

Alle bewußten russischen Arbeiter schwören auf den Kampf gegen das Zarentum und für die Erringung der Konstitution. Sie erklärten das 1891 und 1892 auf den Maifeiern. Und wenn die russischen Arbeiter noch nicht so bewußt sind wie unsere polnischen, dann klären wir sie auf, ziehen sie in den Kampf hinein. So machen es die Arbeiter-Sozialisten auf der ganzen Welt und so müssen wir es auch tun. Klären wir sie und uns auf, konzentrieren wir unsere Kräfte, schließen wir uns zusammen und organisieren wir uns. Unser Sieg hängt alleine von uns ab. Die Zarenregierung, der Tyrann schwankt und zittert in seinen Fundamenten. Vereinen wir unsere Kräfte und stürzen ihn in den Abgrund.

Schluß

Arbeiter! Wir sind an das Ende unseres Buches gelangt: Wir haben erörtert, ob ein unabhängiges Polen ein Paradies für den Arbeiter sein kann, denn es gibt bei uns Patrioten, die den Arbeitern mit der Wiederherstellung Polens die völlige Erlösung verheißen. Wir haben erörtert, ob wir von einem unabhängigen Polen mehr Freiheit erwarten dürfen als von der Konstitution, denn es gibt bei uns Sozialpatrioten, die eine größere Freiheit verheißen. Wir haben erörtert, ob es überhaupt möglich ist, ein unabhängiges Polen zu erreichen, denn sie rufen den Arbeiter, damit er für dieses kämpfe.

Wir haben gesehen, daß alle Versprechungen der Patrioten und Sozialpatrioten Seifenblasen sind und der von ihnen gewiesene Kampf bedeutet, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen. Nun wissen wir,

daß das einzige mögliche politische Ziel für den polnischen Arbeiter gegenwärtig die Konstitution ist.

Allerdings könnte euch nun jemand sagen: »Ach so! Die Arbeiter-Sozialisten wollen gar nicht für die Verteidigung der Nationalität kämpfen! Aber die Polen werden doch unterdrückt, es wird ihnen in den Schulen und auf den Gerichten der Gebrauch der eigenen Sprache verboten. Wollen die Arbeiter-Sozialisten denn keine nationale Befreiung?«

Antwortet mutig darauf: Doch, wir wollen und wir streben zum Sozialismus, der alles und alle befreit. Doch, wir wollen und wir streben zur Konstitution, die uns die Hände freimachen wird für den Kampf. Nicht ihr, Patrioten und Sozialpatrioten, verteidigt die Nationalität, sondern wir verteidigen sie. Euer Kampf ist lediglich ein Kampf mit den Windmühlen. Ein solcher Kampf kann gar nichts verteidigen, er führt zu nichts. Nur wir werden unsere Ziele erreichen und zusammen mit unserer Sache verteidigen wir die Nationalität, zunächst durch die politische Freiheit und dann durch den Sozialismus. Man darf die polnischen Arbeiter nicht zu einem Kampf rufen, bei dem alle Anstrengungen und Opfer umsonst sein werden. Man darf sich den Arbeitern nicht mit seinen schädlichen Phantastereien, seinen Kinderphantasien in den Weg stellen, denn der Arbeiterkampf ist keine vornehme Laune, kein Kinderspiel!...

Arbeiter, antwortet so. Jetzt noch auf ein Wort. Bisher folgten die Arbeiter in ihrem Kampf bei uns anderen nach – einer Handvoll von Leuten aus der sogenannten Intelligenz. Höchste Zeit, daß der polnische Arbeiter selbst überlegt und entscheidet, auf welchen Wegen er zum Sieg zu marschieren hat. Zeit, daß jeder Arbeiter aus der Menge heraus selbst versteht, wie der Arbeiterkampf auszusehen hat, daß er selbst seine Fahne verteidigt.

Arbeiter, wir haben euch in dieser Broschüre eine schreckliche Waffe in die Hand gegeben – die Waffe des Klassenbewußtseins. Verteidigt damit eure Sachen, möge über euch das Banner der Sozialdemokratie wehen.

Und sollten euch die Sozialpatrioten mit ihren Zänkereien über die Erweckung Polens im Wege stehen, macht es doch erneut wie einst

der alte Maciek bei Mickiewicz mit jenen Adligen, die auch immerzu in Streit ausbrachen, als »die Beratung ... in Gang war übers Gemeinwohl«, nur heute ist jenes »Gemeinwohl« nicht, wie einst bei Maciek, die Erweckung Polens, sondern das Erreichen der Konstitution:

Maciej trieb den Rest noch hinaus, schob die Tür zu und schloß sie.

Und aus dem Fenster herausschauend, sagte er noch mal: »Ihr Dummen!«

HOLGER POLITT

Rosa Luxemburgs Herbarium in Warschau

Als der Rechtsmediziner Michael Tsokos in Sachen Rosa Luxemburg auf die Suche nach tauglichem Material für einen DNA-Vergleich ging, wurde ich mit der Bitte konfrontiert, in Warschau das Herbarium Rosa Luxemburgs ausfindig zu machen. In einer ersten Reaktion schloß ich logisch, das gesuchte Stück könne eigentlich gar nicht in Polens Hauptstadt sein, denn wer sollte es schließlich hierher gebracht haben? Rosa Luxemburg legte ihren »Garten« zwischen 1913 und 1918 in Berlin sowie in deutschen Gefängnissen an, in denen sie in den Jahren des Ersten Weltkriegs inhaftiert gewesen war. Mit Polen oder Warschau hatte das nichts zu tun.

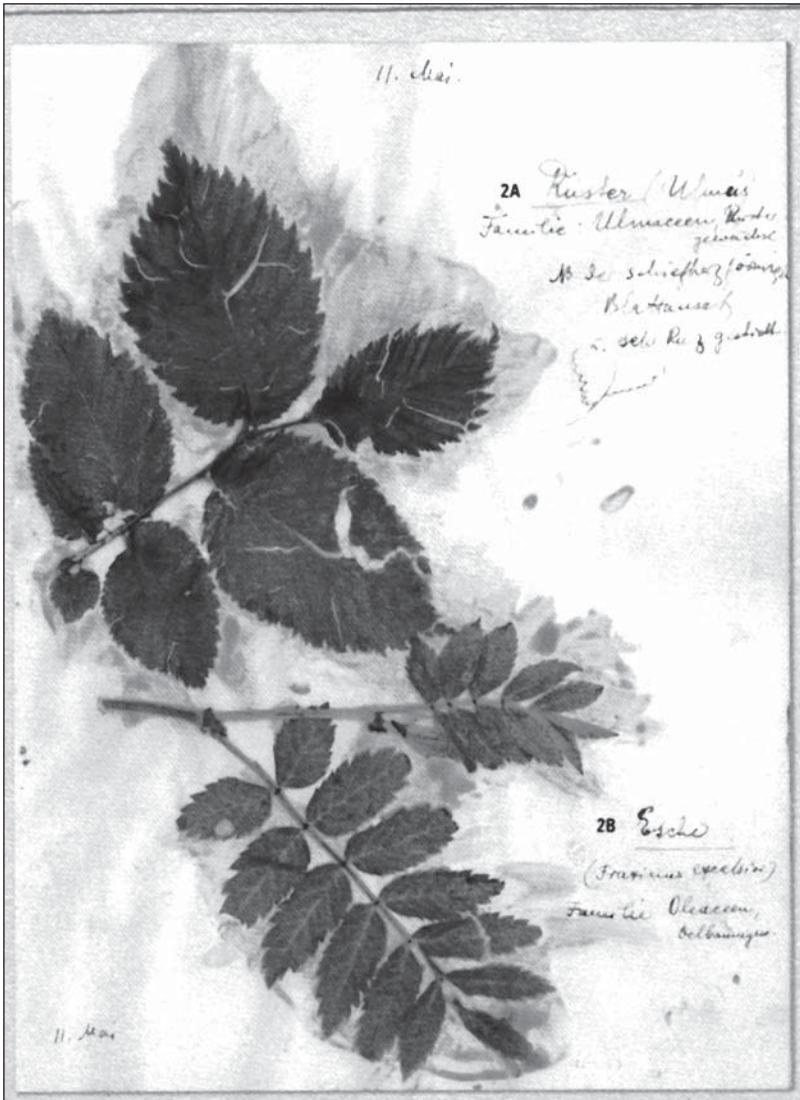
Meine Skepsis gründete sich auf das Wissen um das weitere Schicksal von Leben und Werk der Sozialistin. Leo Jogiches, ihr langjähriger Lebensgefährte und enger Kampfgenosse, mit dem sie zeitlebens polnisch korrespondierte, wurde wenige Wochen nach ihrer Ermordung, genau wie sie, in Deutschland durch die politische Reaktion umgebracht. Über ihn gab es also keinen Weg mehr nach Polen. Und dann war alles auf zwei Personen gestellt, die das Terrorjahr 1919 in Deutschland überlebten, auf Mathilde Jacob und auf Paul Levi. Letzterer veröffentlichte das unvollendet gebliebene Gefängnismanuskript Rosa Luxemburgs über die Oktoberrevolution, kurz nachdem er selbst aus der Kommunistischen Partei Deutschlands nach bezeichnenden politischen Unterstellungen ausgestoßen wurde. Er hatte bekanntlich Zugang zu wichtigen Teilen der Hinterlassenschaft der Revolutionärin. Und Mathilde Jacob war die Privatsekretärin, die in den letzten Lebensjahren Rosa Luxemburgs zu den engsten Vertrauten zählte. Beide hatten nachweislich keine Beziehungen zu Polen und mußten meiner Überlegung zufolge zu

den wenigen Menschen zählen, die nach Luxemburgs Ermordung Zugang zum Herbarium hatten oder aber genau wissen sollten, wo dieses sich befand.

Meine abermalige Nachfrage nach Berlin wurde so beantwortet, daß das Herbarium in den 1970er und 1980er Jahren zuverlässig durch mehrere Zeugen aus der DDR in Warschau gesichtet worden war. Es mußte demzufolge doch in Warschau sein, offen blieben jedoch zwei Fragen, nämlich, wie das Herbarium hierher gekommen ist und wo es sich nun genau befindet. Ich erfuhr, daß das Herbarium in den 1930er Jahren rechtzeitig vor dem Zugriff der Hitlerscherger im Gepäck von Verwandten Paul Levis in die USA gekommen sei. Durch diese Tatsache wäre geklärt, weshalb das Herbarium erhalten geblieben ist und die in meinen ersten Überlegungen naheliegenden Aufbewahrungsorte – nämlich Deutschland oder Moskau – tatsächlich keine Rolle mehr zu spielen brauchten. Denn aus den USA konnte das Herbarium auf dem Weg zurück nach Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf jeden Fall auch nach Warschau gekommen sein, sei es durch private Initiative oder durch Vermittlung welcher Organisationen auch immer.

Also begab ich mich auf die Suche und richtete mich auf einen längeren Weg ein. Wo sollte es in dieser Stadt zu finden sein, wenn Archivunterlagen keine Auskünfte mehr geben konnten? Durch einen arbeitsbedingten Zufall wurde ich indes schnell fündig, denn ich beschrieb einem Historiker, der mit den Schicksalswenden der polnischen Arbeiterbewegung und den Hinterlassenschaften derselben sehr gut vertraut ist, einen blauen Schuhkarton, in dem die 18 Schulhefte mit Rosa Luxemburgs Pflanzensammlung aufbewahrt gewesen sein sollten. Die Zeugen aus der DDR konnten sich genau an diesen erinnern. Wenige Tage später rief mich der Kollege an und teilte freudig mit, der blaue Schuhkarton sei gefunden. Kurz danach saß ich im staatlichen Archiv »Akt Nowych« und bestaunte eine der wichtigsten erhalten gebliebenen Hinterlassenschaften Rosa Luxemburgs. Draußen war ein unvergeßlich schöner Frühlingstag des Jahres 2009.

Die Archivarin Wanda Bienkowska hatte geradezu auf die Anfrage gewartet, denn sie hütete einen blauen Karton mit Pflanzenheften, ohne – wie sie zugab – selbst bestimmen zu können, wem ursprünglich



Faksimile eines Blattes aus Heft I (10.-15. Mai 1913) des Herbariums von Rosa Luxemburg (Rosa Luxemburg: Herbarium. O. O. u. J. [Warschau 2009] S. 13.)

diese Sammlung gehörte. Zwar trafen wir uns bereits früher hin und wieder bei Gelegenheit, doch nie kamen wir auf einen blauen Schuhkarton Rosa Luxemburgs zu sprechen. Jetzt strahlten ihre Augen, auch als ich sagte, Warschau wäre der richtige Platz für diese Sammlung, dem vielleicht wertvollsten persönlichen Andenken an Rosa Luxemburg überhaupt.

Doch wie kam das Herbarium hierher? Der Weg in das Archiv »Akt Nowych« läßt sich noch ohne Mühe zurückverfolgen, denn hierher gelangten fast alle Dokumente aus dem früheren Archiv beim Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP). Nach Auflösung der Partei im Januar 1990 mußte also auch das Herbarium in das Archiv »Akt Nowych« gelangt sein. Warum es dort bis Frühjahr 2009 nicht inventarisiert und damit nicht im Bestand geführt wurde, vermochte mir bisher niemand zu erklären. Ein Blick in die wohlgeordnete Welt dieses Archivs verrät, daß dort nur selten Gegenstände derartig »herrenlos« herumliegen oder -stehen. Sei es wie es sei. Das Herbarium befand sich zum Zeitpunkt der Anfrage jedenfalls da, wo es nach Archivlogik hingehörte, und zudem in einem tadellosen Zustand. So konnte es wiedergefunden werden, nach einer langen Zeit, in der scheinbar niemand nach der Sammlung fragte.

Und davor? Nach dem, was ich aus Berlin und dann aus Warschau hörte, soll das Herbarium Mitte der 1970er Jahren aus den USA nach Warschau gekommen sein.

Zuvor habe es aus den USA eine Anfrage gegeben, die an mehrere als interessiert geltende Orte gerichtet wurde. Der Anfrage seien einige Farbfotokopien aus dem Herbarium beigegeben worden. Nachdem dann die angefragten Institutionen in Berlin, Moskau, Amsterdam und Zürich kein ausreichendes Interesse bekundet hätten, sei die Entscheidung schließlich für Warschau gefallen. Und so tauchte Mitte der 1970er Jahre das Herbarium Rosa Luxemburgs beim Zentralkomitee der PVAP auf.

Ob es allerdings wirklich erst damals den Weg über den Atlantik zurück nach Europa angetreten hat, soll und kann hier nicht erörtert werden. Jedenfalls kam es nach dem Zweiten Weltkrieg aus den USA zurück nach Europa, genauer: zurück in Rosa Luxemburgs Heimat. Da-

rin liegt ein hoher symbolischer Wert, denn Warschau, die Stadt der Kindheit und der Jugend Rosa Luxemburgs, hatte inzwischen eine Tragödie unbeschreiblichen Ausmaßes erleben müssen. Die jüdischen Menschen dieser Stadt wurden durch die deutschen Okkupanten erst in ein mörderisches Ghetto eingesperrt, dann in das Vernichtungslager Treblinka verbracht, Orte, an denen das jüdische Warschau hunderttausendfach barbarisch ausgelöscht wurde. Die Zahl der Überlebenden, der Geretteten ist übersichtlich geblieben.

Es zeigte sich also doch, wieviel das Herbarium Rosa Luxemburgs mit der Stadt an der Weichsel zu tun hat. Beim Verlassen des Archivs beschlich mich ein Gefühl tiefer Zufriedenheit. Als ich dann am 18. Dezember 2009, nur wenige Tage vor Beendigung meiner Tätigkeit als Leiter des Warschauer Büros der Rosa Luxemburg Stiftung, die vollständig nachgedruckte Fassung des Herbariums¹ zufrieden in den Händen halten konnte, war es eine gelungene Art, der Stadt Rosa Luxemburgs und ihrer Heimat adieu zu sagen.

Für das Ermöglichen, den blauen Schuhkarton zu finden, möchte ich mich bedanken bei:

Wanda Bienkowska,
Włodzimierz Janowski,
Annelies Laschitza,
Grzegorz Sołtysiak,
Jörn Schütrumpf,
Michael Tsokos,
Feliks Tych.

Für die Unterstützung und Hilfeleistung bei der Drucklegung des Herbariums möchte ich mich bedanken bei:

Wanda Bienkowska,

1 Rosa Luxemburg: Herbarium. O. O. u. J. [Warschau 2009].

Włodzimierz Janowski,
Christine Krauss,
Grzegorz Soltysiak,
Jörn Schüttrumpf,

sowie bei den Kolleginnen und Kollegen des Warschauer Büros der Rosa Luxemburg Stiftung, von denen Susanne Kramer-Drużycka in diesem Fall gesondert genannt werden soll.

Eine notwendige Anmerkung:

Als ich im Herbst 2010 endlich den bekannten Potsdamer Journalisten Matthias Krauß traf, der einige Monate zuvor für die Osterausgabe der Tageszeitung »Neues Deutschland« Rosa Luxemburgs Herbarium vorgestellt hatte,² verblüffte er mich mit einer alten Nummer der populären DDR-Monatszeitschrift »Das Magazin«. Darin fand sich zu meiner großen Überraschung und Freude ein Beitrag unter dem feinsinnigen Titel »Rosa und ihre Blumen«. Annelies Laschitza stellte in der Januar-Ausgabe des Jahres 1979 den Lesern das Herbarium Rosa Luxemburgs vor – mit einem Text, der insbesondere die Bedeutung der Pflanzensammlung für Luxemburgs Gefängnisalltag herausstreicht, und einigen wenigen Reproduktionen aus dem Herbarium.

Eigentlich gehörte der Text hier ganz wiedergegeben, auch wegen der zeitlichen Einordnung, denn natürlich spricht er wie jeder gute Text auch über die Zeit, in der er geschrieben wurde. Wenigstens einige Zeilen daraus sollen jedoch hier wiedergegeben werden. Wunderbar überhaupt, wie einfühlsam die Autorin die Nähe der Pflanzensammlung zu den Briefen aus den Gefängnissen aufzeigt. Ja, das Herbarium ist wohl tatsächlich eine unschätzbare Vervollständigung der Briefe Rosa Luxemburgs aus schwerer Zeit, gewissermaßen der Punkt auf das »i«:

2 Matthias Krauß: Rosas Garten. Das Herbarium einer Revolutionärin. In: »Neues Deutschland« vom 1. April 2010. S. 17.

»Starke, lebensbejahende Menschen wie die Revolutionärin Rosa Luxemburg zermürbt oder zerbricht kein Gefängnisalltag. [...] Ihre Sehnsucht nach freier Bewegung war stets riesengroß. [...] Rosa Luxemburg, die leidenschaftlich botanisierte, keine Wiese, kein Feld und keinen Wald durchstreifte, ohne etwas Neues an Gräsern, Blumen oder Bäumen zu entdecken, die selbst auf öden Lazarett- und Wirtschaftshöfen jede auch noch so unscheinbare Pflanze erspähte [...] Die große Revolutionärin war eine Frau plötzlicher Leidenschaften [...] Auf die Malerei folgte die Botanik, der sie sich vom Mai bis Juli 1913 blindlings verschrieb. Wie berauscht durchstreifte sie Wiesen, Felder und Wälder, pflückte Pflanzen, preßte und bestimmte sie. Diese Herbarien sind erhalten geblieben. 9 Hefte mit liebevoller Hand und kenntnisreich gestaltet sind es, die wir bestaunen können. Weitere 13 verblieben uns aus den Gefängnisjahren während des Ersten Weltkrieges.«³

Doch hier stutzte ich zweimal, denn die Autorin gibt erstens nicht an, wo die Herbarien zu bestaunen sind, im gesamten Text fehlt jeder Hinweis auf Warschau. Und zweitens stimmt die Anzahl der Hefte nicht überein mit der, die ich 2009 in Warschau in den Händen hielt. Es waren weniger Hefte, insgesamt nur 18, allerdings fast alle durchnummeriert.

Zwei Kleinigkeiten, die ich hier nur der Vollständigkeit halber anfüge. Sie sind nicht wichtig und haben wohl keinerlei weitere Bedeutung. Wichtig ist allein, daß bereits wenige Jahre nach dem wohl offiziellen Auftauchen des Herbariums in Warschau in einer nachgefragten Monatszeitschrift der DDR auf diesen Fund aufmerksam gemacht wurde.

3 Annelis Laschitzka: Rosa und ihre Blumen. In: »Das Magazin«. Januar 1979. S. 36-39.

Das natürliche System
 von A. W. Eichler (»Syllabus der Vorlesungen über
 spezielle u. mediz. pharmaceutische Botanik«,
 Berlin 1880).

A. Cryptogamen (Blütenlose Pflanzen)

3 Abtheilungen:
 Thallophyten, Leberpflanzen,
 Bryophyten - Moose
 Cormophyten - Gefäßcryptogamen

I Abth. Thallophyten:

1. Klasse Algen
2. Klasse Fungi - Pilze
 (Werkzeuge: Flechten)

II Abth. Moose:

1. Gruppe Hepaticae - Lebermoose,
2. Gruppe Musci - Laubmoose.

III Abth. Gefäßcryptogamen.

1. Klasse Schachtelhalme
2. Klasse Bärlappe
3. Klasse Farnes Farne

B. Phanerogamen (Blütenpflanzen)

2 Abtheilungen:
 Gymnospermen - Nadelbäume
 Angiospermen - Bedecktsamer

I Abth. Gymnospermen

3 Familien: Cycadeen,
 Coniferen - Zapfenträger
 Gnetales.

1. Familie Cycadeen
 Cycas coronata, Gemeiner
 Sagobaum.
2. Familie Zapfenträger.

1. Unterfamilie: Eibengewächse
 2. " Cypressengew.
 3. " Kiefergew.
 4. " Farnengew.
 5. " Araucariaceen,
 Schmelkbaumg.

3. Familie Gnetales
 Welwitschia mirabilis.

Seite aus den »Geologischen und botanischen Notizen (Breslau)« von Rosa Luxemburg (Rosa Luxemburg: Herbarium, S. 372.)

Autorenverzeichnis

Klaus Kinner – Jg. 1946, Prof. Dr. sc.

Historiker. Arbeitsgebiete: Historiographieggeschichte. Kommunismusforschung; studierte 1965 bis 1969 an der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1981 bis 1991 ordentlicher Professor am Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig tätig. Seit 1998 Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Vorsitzender bzw. Mitglied des Sprecherrates der Historischen Kommission beim Vorstand der PDS bzw. der Partei DIE LINKE .Publikationen (Auswahl): »Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933« (1982); »Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1 bis 4« (1999 – 2009, Hrsg.)

Annelies Laschitza – Jg. 1934, Prof. Dr. sc.

1954 – 1958 Studium der Geschichte in Leipzig an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Danach Spezialisierung auf Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bis 1918. Mit Beiträgen beteiligt an mehreren Gemeinschaftsprojekten und vielfältige eigene Publikationen. Konzentration auf die Liebknecht- und Luxemburgforschung. Weltweite Anerkennung durch die Edition der »Gesammelten Briefe« und die Mitherausgabe der »Gesammelten Werke« Rosa Luxemburgs. Beraterin des Luxemburg-Films von Margarethe von Trotta. Mitglied des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft. Größere Publikationen: »Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie« (1996. 3. Aufl. der Tb-Ausgabe 2009); »Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie« (2007, Tb-Ausgabe 2009).

Holger Politt – Jg. 1958, Dr. phil.

1980 bis 1985 Studium der Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig; danach Forschungsstudent auf dem Gebiet der Philosophie. 1988 bis 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg; 1993 Promotion mit einem Thema zur Denkgeschichte Polens (Anfang 20. Jahrhundert). Von 2002 bis 2009 Leiter des Büros Warschau der Rosa Luxemburg Stiftung. Seit 2010 Arbeitsschwerpunkt: Die polnischen Schriften Rosa Luxemburgs. Regelmäßig Beiträge zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, zu Polen und zur polnischen Denkgeschichte. Von 2000 bis 2010 Vorstandsmitglied der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen.

ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE

Heft 1: Leipziger Reden und Schriften Rosa Luxemburgs. 2. korrigierte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 53 S. ISBN 978-3-89819-272-9.

Heft 2: Rosa Luxemburg Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. (Manuskriptdruck). 2. unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 123 S. ISBN 978-3-89819-273-6.

Heft 3: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und die Künste. 2. unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 230 S. ISBN 978-3-89819-170-8.

Heft 4: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Leipzig. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 131 S. ISBN 978-3-89819-269-9.

Heft 5: Annelies Laschitzka: Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. 2. unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 109 S. ISBN 978-3-89819-274-3.

Heft 6: Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2008. 316 S. ISBN 978-3-89819-301-6.

Heft 7: Annelies Laschitzka / Klaus Gietinger (Hrsg.): Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2010. 204 S. ISBN 978-3-89819-333-7.